

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis pränumerando
 Vierteljährlich 2.50 RM, monatlich 1.30 RM,
 wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1.30 RM pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Verzeichnungs-
 Anstalt. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2.50 RM, für das übrige Ausland
 4 RM pro Monat. Postabonnements
 nehmen an Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

ersch. 1894.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Anzeigen
 oder deren Raum 60 Pf. für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte
 Wort 20 Pf. (zählend 2 festgedruckte
 Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.,
 Stellengeld und Schließstellenan-
 zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes
 weitere Wort 5 Pf. Worte über 16 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 20. Juli 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Ein Kriegs-Parteitag?

II.

Wie waren die Fragen, die einem deutschen Parteitag zu beschäftigen hätten, schwieriger, komplizierter, als diejenigen, die dem nächsten deutschen Parteitag zu unterbreiten sind. Wie lagen zum Teil diese Fragen dem theoretischen Verständnis vieler Genossen fern. Denn es sind nicht nur die einschneidendsten Fragen der inneren Politik, über die die Vertretung des deutschen Proletariats entscheiden soll, sondern auch die verwickeltesten Fragen der nationalen und internationalen Wirtschaftspolitik, die Probleme der ganzen auswärtigen Politik, die hier — nach vorheriger gründlicher Erörterung und Durchhellung — die Grundlage der zu fassenden Beschlüsse bilden müssen. Es sind, um nur einiges anzudeuten, die im Proletariat genau so wie in der bürgerlichen Welt, heiß umstrittenen Fragen der europäischen Handels- und Zollpolitik, das Problem des „Mitteleuropas“, die Beurteilung der europäischen Bündnispolitik, die Stellungnahme zur Kolonialpolitik, zum Militarismus, zu den Seerüstungen, zur offenen Tür, zur „Freiheit der Meere“, zu Grundfragen des Völkerrechts, der Abrüstung und der Schiedsgerichte, die im allerengsten, unlösbaren Zusammenhang mit dem Streit zwischen der „Mehrheit“ und „Minderheit“ stehen, von deren Beurteilung es ganz wesentlich abhängt, ob man die Politik der „Mehrheit“ oder „Minderheit“ billigt, für die alte Fraktion oder die Arbeitsgemeinschaft eintritt, es mit Lensch, Cunow, Kolb, Legien und Binnig oder mit Liebfnecht, Luxemburg und Kühle hält.

Daß innerhalb der „Minderheit“ beträchtliche Meinungsverschiedenheiten bestehen, haben wir nie geleugnet. Aber wir haben den leichten Spott der „Anläufer“ über die Gruppenspaltung der „Minderheit“ mit kühler Gelassenheit zurückgewiesen, weil wir es geradezu für ein geistiges Armutszeugnis der Sozialdemokratie halten würden, wenn die Ueberfälle der durch den Weltkrieg aufgeworfenen Probleme nicht in kritischen und zum Selbstdenken erzogenen Köpfen auch verschiedenartige Anschauungen auslösen würde. Zudem haben wir den guten Deutschen von der „Mehrheit“ die Frage zurückgegeben, ob sie der Partei denn wirklich größere innere Geschlossenheit der „Mehrheit“ vortauschen wollten? Und hat nicht gerade in den letzten Tagen die heftige und höchst reizte Polemik zwischen Lensch und Heinrich Schulz einerseits und dem Genossen Stampfer, der „Dresdener Volkszeitung“ und der „Münchener Post“ andererseits klar genug bewiesen, wie weit — bei aller Geschlossenheit der Frontstellung der „Minderheit“ gegenüber — auch die Auffassungen innerhalb der „Mehrheit“ auseinandergehen?

All diese Streitfragen können, soweit die Partei als Ganzes Stellung nehmen kann, erst nach freier, gründlichster Aussprache in der Presse, in Zeitschriften und Büchern und daran anschließend in Versammlungen, einem Parteitag zur Lösung vorgelegt werden. Die Delegierten in dieser Zeit der Behinderung einer freien Erörterung, in dieser Zeit der leidenschaftlichsten Erregung zu Nichtern über ihnen nur höchst mangelhaft bekannte Fragen von eminenter Tragweite machen wollen, hieße sie zur Entwürdigung sozialdemokratischer Kongresse zwingen. Es hieße der Welt ein Schauspiel geben, dessen die Partei sich vor ihr und vor sich selbst schämen müßte.

Und wenn man einwerfen sollte: „ja, soll denn dann die Partei ziellos und mit verbundenen Augen ihren Weg gehen“, so lautet die einfache und klare Antwort: Nein, sie soll nach möglicher Klarheit ringen, soll sich der Tiefe der Probleme und der Wichtigkeit der Entscheidung bewußt werden, sie soll deshalb jeder Selbstkritik wenigstens soviel Spielraum lassen, als die Umstände selbst, als Belagerungszustand und Zensur es erlauben, sie soll allen Genossen in der Presse und Parlamentskörpern, die sich der Selbstverantwortung bewußt und die Verantwortung vor der Geschichte und der Partei zu tragen bereit sind, die Freiheit lassen, zu tun, was ihnen Erkenntnis und Gewissen gebieten; aber sie soll nicht durch unbesonnen gefakte Mehrheitsbeschlüsse und diktatorische Machtgebote Gewissen und Handlungsfreiheit vergewaltigen!

Darauf aber, und auf nichts anderes, scheint ja gerade die Absicht derer hinauszulaufen, die einen Kriegsparteitag binnen kurzem während des Krieges zusammentrommeln und durch dessen Beschlüsse die Partei und ihre Organe rücksichtslos festlegen wollen.

Und in der Tat: wäre es nicht darauf abgesehen, wozu dann der Parteitag? Käme es der „Mehrheit“ nur darauf an, sich beständig zu lassen, daß die Mehrheit der Delegierten hinter ihnen steht, was hätten sie dabei gewonnen? Sie behaupten ja ohnehin täglich, daß die Mehrheit ihrer Meinung sei. Soweit die Parteipresse und der Instanzenkörper in Frage kommt, ist das auch völlig unbestreitbar und unbestritten. Was die „Minderheit“ behauptet, ist nur, daß die „Mehrheit“ der Genossen, wenn sie auch die Argumente der „Minderheit“ so ausführlich und so unbehindert vernehmen könnte, wie die ihrer Wortführer in der Presse, im Parlament und den Sekretariaten, wahrscheinlich ganz

anders urteilen würde. Gegen diese Annahme würde aber durch das Votum eines unter den bereits hinlänglich geschilderten Ausnahmeverhältnissen zustande gekommenen Parteitages auch nicht das geringste bewiesen werden. Ein wirklich einwandfreier Beweis könnte erst nach Beendigung des Krieges geführt werden, wo „Mehrheit“ und „Minderheit“ sich unter gleichen Bedingungen gegenüberstünden.

Oder welchen Wert hätte es sonst, wenn der Kriegsparteitag erklärte, wir billigen die Haltung der Arbeitsgemeinschaft und verurteilen die Politik der Arbeitsgemeinschaft. Nicht ein Genosse der „Minderheit“ würde dadurch in der Ueberzeugung von der Richtigkeit und Notwendigkeit seiner Politik erschüttert, nicht einer verlore darum die fröhliche Zuversicht, daß die erst wieder zur Bestimmung und zum klaren sozialistischen Denken gekommene Partei später mit überwältigender Majorität die Politik der „Minderheit“ gutheißend wird. Nicht das geringste würde also an den Dingen geändert: „Mehrheit“ und „Minderheit“ folgten auch weiterhin dem, was ihnen das wahre Wohl ihres Vaterlandes wie der Menschheit, des deutschen wie des internationalen Proletariats zu gebieten scheint.

Aber die Einseitigkeit des Kriegsparteitages planen offenbar ganz andere. Braun verrät es mit jener Offenherzigkeit, die ihn ebenso ziert wie die bescheidene Anmut seines Stiles. Er behauptet, daß die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft mit der Fraktion „Schindluder getrieben“ hätten, und erwartet nun vom Parteitage, daß er die Arbeitsgemeinschaft seinerseits zur Reue bringe, also wohl dem Nachspruch und der Disziplinargewalt der Scheidemann und David, der Lensch und Noske mit gebundenen Händen überliefern werde. Nicht eine Ansicht soll also nach Brauns Wünschen der Parteitag aussprechen, sondern allen in Parlament (und vermutlich auch in der Presse) tätigen Genossen eine bestimmte Marschroute vorschreiben. Und wenn die Genossen die Befehle eines solchen Parteitages dann nicht anders einschätzen würden, als die Resolutionen des Parteiaussschusses, dieweilen ja der Kriegsparteitag nichts anderes wäre, als ein erweiterter Parteiaussschuß, dann würde es eben, wenn wir Braun recht verstehen, zur Parteispaltung kommen! Das kühle Bureaokratengemüt eines Braun hat freilich für dies böseste und verhängnisvollste Ding, das der deutschen Arbeiterbewegung widerfahren könnte, ein minder aufregendes und häßliches Wort — er spricht einfach von einer „Abspaltung“, die der Partei die Einheit und Schlagkraft, kurz des lange entbehrten Segens Fülle wiedergeben werde. Denn nur wenige unheilvoll verwirrte Querköpfe würden dann Licht und Wahn trogen und sich damit „automatisch“ außerhalb der Partei stellen, wie in früheren Deklarationen des Parteivorstandes mit so klassischer Einfachheit gesagt wurde.

So malt sich in dem Kopf eines Otto Braun das schwerste, kampferfüllteste Stück Parteigeschichte, das die Sozialdemokratie bisher erlebt. Es gibt wirklich einen Genossen, der sich vorzufüllen vermag, die „Minderheit“ werde auf Kommando eines Parteitages, der nichts als die Parodie einer wirklichen Aussprache der Partei ist, das preisgeben und mit Füßen treten lassen, was ihre in schwersten Kämpfen errungene, selbsterhellte, heiligste Ueberzeugung! Sie werde sich abhalten lassen von einer Betätigung dieser Ueberzeugung, von der sie Sein oder Nichtsein des Sozialismus, Heil oder Verderb der menschlichen Kultur für Jahrhunderte abhängig glaubt!

Und diese geistige und seelische Unterwerfung, wie sie kein kirchliches Tribunal, kein Inquisitionsgericht je schonungslos verlangt, traut Braun der „Minderheit“ den Beschlüssen eines Parteitages gegenüber zu, dessen Einberufung, Vorbereitung und Zusammenkunft allen demokratischen Grundbedingungen hohen spräche. Braun mag das mit dem Einwand zu bestreiten, daß ja auf dem Parteitag in geschlossener Sitzung unbeschränkte Freiheit der Aussprache gewährleistet werden könne. Auch das ist unrichtig: denn wenn auf dem Parteitag auch nur das Nötigste gesagt werden sollte, müßten mangels jeder literarischen Ansichtsklämung die Verhandlungen mindestens sechs Wochen dauern. Aber auch wenn dem nicht so wäre, und wenn nicht auch trotz geschlossener Sitzungen für die „Minderheit“ die Gefahr des Denunziertwerdens bestünde, wie sie das mehr als einmal erlebt hat: die freieste Aussprache auf dem Parteitag selbst verliert jeden Wert, wenn ihr nicht vor der Wahl der Delegierten gleichfalls freieste Aussprache im Lande vorgegangen ist. Denn gerade von der Zusammensetzung des Parteitages hängt es ab, mit welchem Recht er sich als Sprachrohr und Spiegel der Massen der Parteigenossen betrachten darf. Diese Massen können aber erst dann nach bester Ueberzeugung ihr Votum abgeben, wenn sie Gründe und Gegengründe in freier Aussprache kennen zu lernen Gelegenheit hatten.

Aus all diesen Gründen warnen wir aufs dringendste vor der Einberufung eines Kriegsparteitages. Weit davon entfernt, eine „provisorische Ordnung“ zu ermöglichen, dem „Wirrwarr ein Ende zu machen“, würde er die Gegenjäger nur noch vertiefen, verschärfen und vergiften. Er würde mit der Gefahr der Spaltung spielen und, falls die Instanzen ihre bisherige Taktik strupplos fortsetzen sollten, was ihrer Verblendung zuzutragen ist, die Parteispaltung zur Wahrheit machen. Die Spaltung, die — darüber sollte sich kein Weitersehender unter der „Mehrheit“ täuschen —

den Miß durch die ganze Arbeiterbewegung ziehen würde, wahrscheinlich die Gewerkschaften nicht minder, als durch sämtliche Parteioorganisationen des ganzen Landes.

Statt über die „Angst“ der „Minderheit“ vor einem Kriegsparteitag zu spotten, sollte man lieber erst einmal mit ernster Bewissenhaftigkeit die Konsequenzen überdenken, die eine so provozierende Aktion und eine unnötige Brüskierung breiter Genossenschaft nach sich ziehen könnte. Vor Beschlüssen eines Kriegsparteitages haben wir so wenig angst wie vor denen des Parteiaussschusses — die Geschichte wird bald genug über sie zur Tagesordnung übergehen. Aber eine Parteispaltung würden wir aufs schmerzlichste bedauern, auch dann, wenn die Verantwortung dafür allein die „Mehrheit“ trüge und die „Mehrheit“ damit das sicherste Mittel wählte, um sich zur „Minderheit“ und binnen weniger Jahre zum bedeutungslosten Grüppchen zu machen.

Noch einmal warnen wir, in letzter Stunde!

Anmaßende Schulmeisterei.

Das bekannte Unternehmen zur Auseinanderhebung der Internationalen, die Baumeisterische „Internationale Korrespondenz“, wendet sich unter der Stichmarke „Vorwärts und Landesverteidigung“ gegen unseren Artikel „Die französische Minderheit“ („Vorwärts“ Nr. 185 und 186), der an der Hand der Ausführungen des französischen Genossen Henri Guilbeaux im Genfer „Domain“ ein Bild von den Strömungen in der französischen Parteipolitik zu geben sucht. Die gestrengen Wächter der Reinheit der sozialistischen Lehre in der „I. A.“ sind höchlichst darüber empört, daß in dem genannten Artikel im Anschluß an die Ablehnung einer Resolution der englischen Unabhängigen Arbeiterpartei über die Landesverteidigung durch den „Populaire“, das Organ der gemäßigten französischen Opposition, diese Kundgebung als „eine für uns selbstverständliche Erklärung“ bezeichnet wird. „In welchem sozialistischen Programm ruft die „I. A.“ aus — findet sie denn ihre Begründung? In welcher Entschließung der deutschen Parteitage ist etwas Ähnliches zu finden? In welcher Entschließung der Kongresse der ersten und der zweiten Internationale sind derartige Gedanken ausgesprochen worden?“

Rufen schon die Verurteilung auf die Beschlüsse der internationalen Kongresse in der „I. A.“, die alles getan hat, um den Geist der sozialistischen Internationale zu schänden und die Bestimmungen der Stuttgarter Resolution über die Pflichten der Sozialdemokratie mit Füßen zu treten, wie eine Herausforderung an, so gewinnt ihre Haltung bei der Kritik der erwähnten Resolution der I. A. P. (Independent Labour Party) den Charakter einer mit hoher Anmaßung und Heuchelei gepaarten geistigen Hilflosigkeit und Ignoranz. Dasselbe Organ, das sonst nicht genug herabschätzende und höhnerische Worte über den „Konfessionsmiss“ und die „geistige Trägheit“ der „Linken“ finden kann, erhebt plötzlich — unter Verurteilung auf die sonst mitleidig von ihm belächelten Kongressbeschlüsse — Einspruch gegen den Versuch, die Unvollkommenheiten dieser Beschlüsse, die zum Teil daraus entsprangen, daß man nicht mit dem Vorhandensein so starker unsozialistischer Tendenzen selbst in den führenden Kreisen der sozialistischen Parteien rechnete, an der Hand der Lehren des Weltkrieges zu verbessern und die sozialistische Internationale auf eine festere Grundlage zu stellen. Nichts anderes aber als einen solchen Versuch stellt die Resolution dar, die auf dem Jahreskongreß der I. A. P. in Newcastle angenommen wurde. Diese Resolution, die wir feinerzogen veröffentlichten, lautet:

„Diese Konferenz ist der Meinung, daß die Sozialisten aller Nationen überkommen sollten, daß für den Krieg die sozialistischen Parteien verweigern sollten, irgendeinen Krieg zu unterstützen, der von einer Regierung begonnen wird, was auch immer das angebliche Kriegsobjekt sei, und selbst wenn der Krieg nominell einen defensiven Charakter trage, und die I. A. P. Delegation dahin zu instruieren, diese Politik auf der nächsten Internationalen sozialistischen Konferenz zur Annahme vorzulegen.“

Genosse Dr. Salter, der diese Resolution vertrat, führte nach einer Kritik der bisherigen Stellung der sozialistischen Parteien zur Kriegsfrage u. a. aus, es sei sehr gut, vor dem Krieg von Verteidigungs- und Angriffskrieg zu reden, aber wenn der Krieg begonnen habe, würde jeder Krieg zu einem Verteidigungskrieg. Die Strategen würden immer sagen, die beste Verteidigung sei der Angriff. Es sei aber keine Sache, eine Politik für den Frieden und eine andere während des Krieges zu haben. Deshalb sei die einzig mögliche sozialistische Politik gegenüber dem Krieg die in der Resolution skizzierte. Die Konferenz der I. A. P. trat dieser Anschauung bei und nahm die Resolution mit 235 gegen nur 3 Stimmen an.

Nun bedeutet freilich dieser Konferenzbeschuß der Unabhängigen Arbeiterpartei noch nicht, daß der künftige internationale Kongreß ihn sich in allen Einzelheiten zu eigen machen wird. Aber nur diejenigen, die die Quintessenz des „Sozialismus“ etwa in den Schlusssätzen der Erklärung vom 4. August zu sehen geneigt sind, können heute noch glauben, daß die sozialistische Internationale ihre künftige Haltung in der Frage der Landesverteidigung nicht einer einschneidenden Aenderung unterziehen wird. In dieser Hinsicht stehen wir auf demselben Standpunkt, den Genosse Friedrich Adler in seinem hier veröffentlichten Brief an Kuybysch kürzlich präzisierter hat:

„Niemand wird leugnen können, daß wir in diesem Kriege gelernt haben, daß die Landesverteidigung pure et simple nur eine theoretische Abstraktion ist. Daß in der Wirklichkeit der Gegenwart dagegen der Kampf für die Erlösung des Volkes unlösbar verknüpft ist mit dem Kampf für die Ziele imperialistischer Machtpolitik. Die Internationale wird in Zukunft zu dieser Erkenntnis Stellung nehmen und die Frage entscheiden müssen, ob die Sozialisten wie in diesem Kriege im Interesse der Landesverteidigung die Förderung der imperialistischen Zwecke der herrschenden Klassen in den Kauf nehmen sollen, oder ob sie auch im Kriege die Abwehr des Imperialismus zu ihrer obersten Aufgabe erheben wollen.“

In diesem Sinne war und ist die als „tolstojanisch“ und „bewusstlos“ geschmähte Resolution der A. V. für uns eine selbstverständliche Erklärung — mögen darüber auch alle Schlämmer der sonst so eifrig „umkennenden“ Mehrheit vor sittlicher Entrüstung ins Wackeln geraten.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 18. Juli. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom Dienstag nachmittag. Südlich der Somme griffen die Deutschen am späten Abend und im Laufe der Nacht die französischen Stellungen von Biaches bis Maissonnette an. Trotz wiederholter Versuche, die ihnen schwere Verluste kosteten, konnten sie sich nicht in den Besitz von Maissonnette setzen. Einige Teile von ihnen drangen am Kanal entlang in den südlichen Teil von Biaches ein. Der Kampf geht weiter. Auf dem linken Ufer der Maas scheiterte ein deutscher Handstreich gegen die Höhe 304. Auf dem rechten Ufer kam es im Laufe der Nacht zu Handgranatenkämpfen an den Zugängen zu Chapelle-Sainte-Fine und westlich von Fleury. Überall wurden die Deutschen zurückgeschlagen. Bismlich lebhafter Artilleriekampf in der Gegend von La Fausse und Le Chénois. Auf dem übrigen Teile der Front verlief die Nacht ruhig.

Paris, 19. Juli. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom Dienstag abend: Südlich der Somme war der Tag verhältnismäßig ruhig. Der Feind hat seine Versuche gegen Maissonnette nicht erneuert. Wir haben die Deutschen aus einigen Häusern vertrieben, die sie noch in dem Dorfe Biaches hielten. Von der übrigen Front ist kein Ereignis von Bedeutung zu melden.

Belgischer Bericht: In der letzten Nacht hat eine belgische Abteilung einen Handstreich gegen feindliche Schützengräben nördlich von Dignuiden ausgeführt. Es gelang ihr, in einen der Gräben einzudringen, die Mehrzahl der Besatzung zu töten und unverwundete Gefangene mitzubringen. Während des Tages schwache Tätigkeit der Artillerie.

Die englische Meldung.

London, 18. Juli. (W. Z. V.) Neutermeldung. Amtlich. General Haig meldet, daß Rebel und Regen die Operationen nördlich von Dvillers behinderten. Wir machten an einer Front von 1000 Yards Fortschritte, vertrieben den Feind aus stark besetzten Stellungen, machten Gefangene und erbeuteten Maschinengewehre. Wir unternahmen einen erfolgreichen Ueberfall auf die deutschen Laufgräben bei Whysaete. Ein deutscher Ueberfall bei Guinchy wurde durch unser Feuer vereitelt.

London, 18. Juli. (W. Z. V.) Englischer Bericht. Die Deutschen eröffnen heute abend nach einer Beschießung mit tränen-erregenden Gasbomben einen Angriff auf unsere Stellungen in der Nachbarschaft von Longueval und des Waldes von Delville. Der schwere Kampf dauert noch an. Sonst ist nichts Wesentliches zu berichten.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 18. Juli. (W. Z. V.) Nachmittagsbericht. Westfront: An der Rigafront Artilleriekämpfe. Die Deutschen versuchten an mehreren Stellen die verlorengegangenen Gräben wiederzuerobern, sie hatten aber keinen Erfolg.

Durch die geschickte Führung der Truppen des Generals Sacharow auf dem wohnynischen Kriegsschauplatz trugen wir am 16. Juli einen Sieg davon, der uns 18 000 Gefangene und 30 Geschütze, wie gestern bereits gemeldet wurde, einbrachte und außerdem den Feind vom ganzen linken Ufer der unteren Riva vertrieb und ihn über die Dörfer Swinia ezi und Traso (35 Kilometer südwestlich Luch) und über das Flussufer hinaus zurückdrängte. Nach der Fülle von Kriegsmaterial zu urteilen, das der Feind im Stich ließ, muß er in großer Unordnung zurückgegangen sein. Man berichtet, daß von dem Feinde abgenommenen schweren Geschützen einige schon gestern die feindlichen Stellungen südlich der Riva beschossen haben. Bei den deutschen Gefangenen, die wir gemacht haben, sind alle möglichen Arten von Uniformen vertreten, die das Vermischen ihrer neuen Verbände beweisen.

Kaukasus. Der Angriff des rechten Flügels der Kaukasus-Armee schreitet fort. Am 17. 7. haben unsere tapferen Gebirgskämpfer einen großen Erfolg errungen, indem sie mutig den Feind aus seinen gut ausgebauten Stellungen herauswarfen. An einzelnen Stellen sind unsere Kosaken nicht nur bis zur Schneegrenze vorgedrungen, sondern haben sie sogar überschritten. Beim Dorf Natarbzil (19 Kilometer südlich Trapezunt) eroberten wir zwei Maschinengewehre, erbeuteten eine Menge Waffen und machten Gefangene. In der Gegend des Taurus nahmen wir eine ganze türkische Kompanie gefangen. Im Laufe des Angriffs am 15. 7. bei Barizur eroberten wir eine türkische Fahne.

Petersburg, 18. Juli. (W. Z. V.) Abendbericht. Kaukasus: Unsere Blaskun-Kosaken, welche mit besonderer Wertigkeit angriffen, machten 34 türkische Offiziere und 1008 Kosaken zu Gefangenen und nahmen zwei Maschinengewehre.

Ergänzende Berichte melden, daß die türkische Fahne im Gesecht bei Waiduri durch eine berittene Ordnung eines unserer kaukasischen Schützenregimenter, namens Nikolaus Brunenik, erobert worden ist.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 18. Juli. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht. Artilleriekämpfe im Gebiete des Stiffer Joches und von Tonale. Im Brandtale wurden kleine feindliche Angriffe gegen unsere Stellungen bei Poppiano abgeschlagen. Auf den nördlichen Abhängen des Sasubio nahm unsere Infanterie ihr vom Gegner erbittert freitig gemachtes Vorrücken wieder auf. Lebhaftige Kämpfe dauern im Abschnitt Hofma-Astach an, wo der Feind durch heftige vergebliche Gegenangriffe unsere Fortschritte aufzuhalten sucht. Im Seganotal für uns günstige Zusammenstöße in der nächsten Umgebung von Resole. Die Artillerie beschoß bewohnte Orte und rief in einem Landhaus südlich von Strigno einen Brand hervor. An der übrigen Front Artillerietätigkeit, die besonders heftig in Carnien und im oberen Fella war. Feindliche Flieger warfen Bomben auf Dopedolletto, ohne Schaden zu verursachen. Unsere Flieger bombardierten die Station St. Andrea, südlich von Würz, und trafen mitten in ihr Ziel hinein.

Die türkische Hauptquartiersmeldung.

Konstantinopel, 19. Juli. (W. Z. V.) Das Hauptquartier meldet:

Aus den neuen Nachrichten über die mit Erfolg ausgeführten militärischen Operationen gegen die Italiener in Tripolis und gegen die Engländer im Westen von Aegypten geht hervor, daß Kurz Bey, der als Pascha die Operationen der ottomanischen Freiwilligen in dieser Gegend leitet, sich entgegen dem englischen Bericht, der seinen Tod in einer der letzten Schlachten meldet, sich am Leben befindet und glänzend seine Aufgabe erfüllt.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 19. Juli 1916. (W. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Im Somme-Gebiet wurden gestern abend das Dorf Longueval und das östlich an das Dorf anstoßende Gehölg Delville von dem Magdeburger Infanterie-Regiment Nr. 26 und dem Altenburger Regiment in hartem Kampfe den Engländern wieder entzogen, die neben großen blutigen Verlusten 8 Offiziere, 280 Mann an Gefangenen einbüßten und eine beträchtliche Zahl Maschinengewehre in unserer Hand ließen.

Feindliche Angriffe gegen unsere Stellungen nördlich Dvillers sowie gegen den Südrand von Pozieres wurden bereits durch Sperrfeuer unterbunden und hatten nirgends den geringsten Erfolg.

Südlich der Somme scheiterten französische Teilangriffe nördlich von Barleux und bei Bellon, an anderen Stellen kamen sie über die ersten Ansätze nicht hinaus.

Rechts der Maas setzte der Feind seine vergeblichen Aufstrebungen gegen unsere Linien auf der „Kalten Erde“ fort.

Nördlich von Van de Sapt war eine deutsche Patrouillenunternehmung erfolgreich.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Hindenburg.

Südlich und südöstlich von Riga haben unsere tapferen Regimenter die wiederholten, mit verstärkten Kräften geführten russischen Angriffe unter ungewöhnlich hohen Verlusten für den Feind zusammenbrechen lassen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern.

Die Lage an der Front ist unverändert.

Auf die Bahnhöfe Porodzieja und Pogorzelyj der mit Truppentransporten belegten Strecke Minsk-Richtung Baranowitschi wurden von unseren Fliegergeschwadern erfolgreich Bomben abgeworfen.

Heeresgruppe des Generals v. Linzigen.

Teilweise lebhaftere Feuerstätigkeit des Gegners besonders am Stochod sowie westlich und südwestlich von Luch. Armee des Generals Grafen v. Bothmer keine besonderen Ereignisse.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Oberste Heeresleitung.

Fliegerangriffe gegen die russische Flotte in Reval.

Amtlich. Berlin, 19. Juli. (W. Z. V.) Am 18. Juli früh griffen deutsche Seeflugzeuge die im Kriegshafen von Reval liegenden feindlichen Kreuzer, Torpedoboote, U-Boote und dortige militärische Anlagen mit Bomben an.

Zahlreiche einwandfreie Treffer wurden auf den feindlichen Streikräften erzielt, so auf einem U-Boot allein vier. In den Werftanlagen wurden große Brandwirkungen hervorgerufen.

Trotz starker Beschädigung von Land aus und trotz verfrühter Gegenwirkung durch feindliche Flugzeuge lehrten unsere Seeflugzeuge sämtlich unversehrt zu den sie vor dem finnischen Meerbusen erwartenden Seestreitkräften zurück.

Obwohl letztere infolge großer Sichtigkeit sehr frühzeitig von Land beobachtet und durch feindliche Flugzeugaufklärung festgestellt waren, zeigten sich keine feindlichen Seestreitkräfte.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 19. Juli. (W. Z. V.) Amtlich wird veröffentlicht:

Russischer Kriegsschauplatz.

Keine Änderung. Südwestlich von Rosdowa wurden wieder einige russische Vorstöße abgeschlagen. Im Berg- und Waldgebiet von Jablonica und Zabic löste sich der Kampf in zahlreiche Einzelgefechte auf. Südwestlich von Delatyn trieben unsere Truppen russische Abteilungen, die auf das Westufer des Pruth vorgedrungen waren, über den Fluß zurück, wobei dreihundert Gefangene und zwei Maschinengewehre erbeutet wurden. Weiter nördlich nichts von Belang.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Nach neuerlicher heftiger Artillerievorbereitung griffen die Italiener unsere Stellungen südlich des Borcola-Passes dreimal mit starken Kräften an. Diese Angriffe wurden mit Handgranaten, Maschinengewehrfeuer und Steinlawinen blutig abgewiesen. An der Kärntner Front hält das lebhafteste Geschützfeuer im Fella- und Raibler-Abschnitt an. Ein Nachtangriff von Alpinabteilungen im Gebiet des Mittagsofens scheiterte nach hartnäckigem Kampf an der Fähigkeit der Verteidiger, die ein feindliches Maschinengewehr in Händen behielten. Tarvis stand abends unter Geschützfeuer. An der Isonzofront wirkte die italienische Artillerie vornehmlich gegen die Hochfläche von Dobberdo.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: v. Dörfner, Feldmarschalleutnant.

In dem letzten Gesecht, das er den Italienern in der Umgebung von Nizhata lieferte und das mit einer Niederlage derselben endete, nahm er den Italienern 200 Offiziere, 6000 Soldaten und 24 Geschütze ab. Die Ortschaften Nizhata und Djedabje befinden sich im Besitz der Freiwilligen. Zwischen den beiden Ortschaften und der Küste steht kein Italiener mehr. Unsere Freiwilligen befinden sich im Westen von Aegypten in für sie siegreichen Kämpfen, über die wir noch keine Einzelheiten erhalten haben.

An der Trakfront hat sich im Abschnitt von Belahie nichts geändert. Am 15. Juli griff eines unserer Kampfflug-

zeuge ein englisches Flugzeug an und beschloß es. Dieses wurde beschädigt und stürzte hinter den feindlichen Linien ab. Im Euphratabschnitt machten unsere Freiwilligen und fliegenden Abteilungen gelungene Ueberfälle auf feindliche Lager und Stuppenlinien. Sieben vollkommen mit Lebensmitteln beladene Schiffe wurden von uns auf den Euphratstrafen erbeutet. Nach den letzten von Ibn Sud Reschid Pascha erhaltenen Nachrichten, der als Oberbefehlshaber unsere Hauptstreitkräfte und Freiwilligen befehligt, die in den Gegenden von Nebjd und Zubair operieren, sind die in der Umgebung von Bassorah angetroffenen englischen Abteilungen besiegt worden. Außerdem wurde ein englisches Flugzeug abgeschossen und erbeutet.

Von der persischen Front keine Nachricht.

An der Kaukasusfront fanden auf dem rechten Flügel Scharmittel unserer vorgeschobenen Abteilungen und Angriffe der beiderseitigen Erkundungsabteilungen statt. Auf dem linken Flügel keine Veränderung.

Ein feindliches Flugzeug warf wirkungslos drei Bomben auf die Umgebung des Bahnhofes von Dulair ab. Es wurde durch das Feuer unserer Artillerie in die Flucht getrieben.

Unsere an der persischen Front gegen die Russen fortschreitenden Bewegungen entwickelten sich zu unseren Gunsten unter der Beihilfe der persischen Mubjahids. Diese sind dank der Bemühungen Riza Mel Saltanes, der sie unter seinem Oberbefehl vereinigt hat und einen ausgezeichneten Generalstab besitzt, vortrefflich organisiert worden und operieren erfolgreich gegen den gemeinsamen Feind. Sie leisten unseren Truppen durch ihre Beihilfe sehr wertvolle Dienste. Wenn dank der Gnade des Allmächtigen dieser allgemeine Krieg durch unseren vollständigen Sieg gekrönt sein wird, werden diese wertvollen Anstrengungen der Mubjahids zur Befreiung Persiens von der russischen und englischen Gewalt-herrschaft in goldenen Lettern auf den Seiten der ottomanischen und persischen Geschichte verzeichnet werden. Was unsere bei dieser Gelegenheit gemachten Anstrengungen betrifft, so haben sie nur den Wunsch zum Ziel, unseren mohammedanischen Nachbar Persien für immer im Genusse voller und unbeschränkter Freiheit zu sehen. Sie sind begründet durch die aufrichtige Ueberzeugung, die wir inbetriff seines glücklichen künftigen Schicksals hegen.

Vom U-Boot-Krieg.

Nyborg (Dänen), 18. Juli. (W. Z. V.) (Meldung von Nyaus Bureau.) Der schwedische Dampfer „Onsala“ landete heute die Besatzung des schwedischen Schoners „Verta“ und des niederländischen Eisenschiffes „Venula“, welche von einem deutschen U-Boot versenkt worden sind.

Amsterdam, 19. Juli. (W. Z. V.) Nach einer Meldung des Neuterischen Bureaus ist der englische Dampfer „Wilsonhall“ (3887 Tonnen) versenkt worden.

Gesecht mit einem U-Boot.

London, 19. Juli. (W. Z. V.) Neuter. Der Kapitän des britischen Dampfers „Deco“, 8410 Tonnen, gibt folgenden Bericht über ein Gesecht mit einem feindlichen Unterseeboot am 18. Juni: Das Unterseeboot wurde in vier Meilen Entfernung gesichtet. Es eröffnete sofort das Feuer, anscheinend aus einem vierzölligen Geschütz. Nachdem es drei bis vier Granaten abgefeuert hatte, die ganz dicht einschlugen, näherte es sich schnell. Wir eröffneten das Feuer aus unserem Geschütz. Der fünfte Schuß schien es getroffen zu haben, aber es setzte das Feuer fort und kam nach und nach näher. Eine feindliche Granate traf uns an Bord und durchbohrte das Dampfrohr, so daß eine große Dampf-wolke herabquoll. Ich ließ das Schiff langsamer gehen und gab Befehl, die Boote herabzulassen. In diese ging die Mehrzahl der Mannschaft hinein. An Bord blieben nur der leitende Ingenieur, der zweite und dritte Ingenieur, der Bootsmann, ich selbst und zwei Kanoniere. Ich unterließ noch andauernd das Feuer mit gutem Erfolge. Der 26. Schuß traf das Unterseeboot an der Wasserlinie und zwang es, unterzutauken, eine dicke dunkle Rauchwolke hüllte es ein. Ich glaubte zweifellos, wir hätten es versenkt. Kurz danach erschien ein französisches Nachtboot, dem ich Mitteilung machte. Ich fuhr in die Nähe unserer Boote zurück, nahm die Mannschaft an Bord, schleppte die Boote längs der Küste und fuhr weiter. Später wurde das Periskop eines anderen Unterseebootes in etwa tausend Yards Entfernung gesehen. Dieses schoß sofort einen Torpedo ab, aber durch rechtzeitigen Gebrauch des Steuerlots konnte ich ihm entkommen, und der Torpedo ging etwa fünfzig Fuß achtern vorbei. Achteraus erschien dann ein anderes Torpedoboot, dem ich Mitteilung machte. Wir feuerten drei Schüsse gegen das zweite Unterseeboot, was dieses veranlaßte, zu tauchen. Nachdem wir die Boote in die Höhe gezogen hatten, fuhren wir weiter. Vom Feinde war nichts mehr zu sehen.

Kotz des W. Z. V. Wie wir von zuständigen Stelle erfahren, ist die Mitteilung des Kapitans des Dampfers „Deco“, er hätte das U-Boot vernichtet, vollständig aus der Luft gegriffen.

Schwedischer Protest gegen Rußland.

Stockholm, 19. Juli. (W. Z. V.) Aus Anlaß der Versenkung des deutschen Dampfers „Gyria“ am 16. Juli innerhalb der schwedischen Dreimeilengrenze südlich Bjuröflubb im Bottnischen Meerbusen beauftragte die schwedische Regierung den schwedischen Gesandten in Petersburg, bei der russischen Regierung Protest einzulegen.

Kriegsdebatte im Unterhause.

Rotterdam, 19. Juli. (W. Z. V.) Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet noch über die geistige Erklärung Asquiths im Unterhause: Asquith sagte, vor fünfzig Jahren habe Donar Law die Befanntgabe der Berichte über die Dardanellen-Expedition versprochen, soweit sie nicht streng vertraulich seien und dem Feinde von Nutzen sein könnten. Die Berichte seien von der Admiralität, dem Kriegsamt und dem auswärtigen Amt durchgesehen worden. Was sich davon für die Veröffentlichung eigne, würde ein unvollständiges und irreführendes Bild geben. Für die Berichte über Mesopotamien gelte dasselbe. (Ironische Heiterkeit. Gogge ruft dazwischen: Immer die alten Neben! — Carlson: Wir werden nie etwas über diese Operationen zu hören bekommen!) Asquith fuhr fort: Unsere Kriegspläne sind in vollem Umfange dem wohlüberlegten Räte der militärischen Stellen unterworfen. Es muß aber zugegeben werden, daß der ärztliche Dienst ungenügend war und innerhalb gewisser Grenzen vielleicht auch die Versorgung mit Lebensmitteln. General Nixon telegraphierte noch im November nach den Kämpfen von Resiphon aus Basra an Chamberlain, daß seiner Meinung nach der ärztliche Dienst ausreichend sei. Gegen diese Mitteilung Asquiths wurden Proteste laut, und Carlson fragte: Wird dieser Bericht veröffentlicht werden? Asquith antwortete: Ja, wenn die Zeit dafür gekommen ist. Asquith erklärte weiter: Die Regierung empfing im Dezember und Januar nachstoffizielle Briefe, in denen ein ganz anderes Bild von der Lage gegeben wurde. Darauf wurde eine Kommission nach Mesopotamien geschickt. Sie meldete nach zweimonatigem Aufenthalt dem Vizekönig, daß alles Menschenmögliche getan worden sei. Der Chef des militärischen

Dienstes **Donnell** ging im Mai nach Mesopotamien und berichtete, daß noch immer ein gewisser Mangel an notwendigen Artikeln herrsche. Darauf wurde sofort alles, was er angab, besorgt.

Grey lehnt die Durchlassung amerikanischer Rote-Kreuz-Artikel ab.

Washington, 18. Juli. (W. T. A.) Reutermeldung. Staatssekretär Grey hat an die Vereinigten Staaten eine Note gerichtet, in der er seine Zustimmung zur Lieferung amerikanischer Rote-Kreuz- und medizinischer Artikel an Deutschland und Oesterreich-Ungarn verweigert. Grey stellt in Abrede, daß die Blockade der Verbündeten gegen die Genfer Konvention verstöße, an deren Bestimmungen England sich immer genau gehalten habe. Es bestehe kein Grund anzunehmen, daß in Deutschland und Oesterreich-Ungarn Rat an Rote-Kreuz-Artikeln herrsche. Man habe eher Ursache zu der Annahme, daß das Gegenteil der Fall sei. Wenn doch einiger Mangel an solchen Artikeln herrsche, müsse das dem Umstand zugeschrieben werden, daß die Mittelmächte das in Frage stehende Material zu anderen Zwecken benützen, und wenn man neue Vorräte an sie gelangen ließe, würde das nicht den Kranken und Verwundeten zugute kommen, sondern man würde dadurch den Mittelmächten nur Material für Kriegszwecke in die Hände spielen. Die englische Regierung sei deshalb nicht in der Lage, einen solchen Präzedenzfall zu schaffen, wie ihn die Aufstellung eines Ausschusses, die das amerikanische Rote Kreuz vorgeschlagen habe, darstellen würde.

Englischer Gewerkschaftskongress für Abschaffung der Feiertage.

London, 18. Juli. (W. T. A.) Der Gewerkschaftskongress, der die Abschaffung der Feiertage bis zum Ende des Krieges beschloß, war von 800 Abgeordneten besucht, die mehr als zwei Millionen Arbeiter vertraten. Die Versammlung war von dem Nationalen Ausschuss für die Munitionsherstellung veranstaltet. Den Vorsitz führte Arthur Henderson. Unter den Teilnehmern befand sich der neue Munitionsminister Montagu und der Finanzsekretär für die Admiralität Macnamara mit ihrer Abteilungsvorständen.

Die Verhandlungen waren vertraulich, bekanntgegeben wurde aber, daß Henderson eine Ansprache hielt, in der er die Tatsache hervorhob, daß die jetzt an der Westfront von den Engländern erreichten glänzenden Erfolge in großem Umfange der englischen Ueberlegenheit in Bezug auf große Geschosse zu verdanken seien. Die Ueberlegenheit an Leuten und Ausrüstung, so führte er aus, sei, obwohl an und für sich nicht zu unterschätzen, nutzlos, sofern man nicht in Bezug auf hohe Explosivmittel den Vorrang hätte. Ein Mangel in der Munitionsherstellung könne den Angriff in irgendeiner Gegend verzögern oder schwächen. Montagu versicherte der Versammlung, wenn die Arbeiter die Vorschläge der Regierung annehmen, würde die Regierung dafür sorgen, daß die Arbeiter keinen Schaden von dem ihnen zugemuteten Opfer hätten.

Bevor es zu einer Entscheidung kam, wurde ein Brief des Generals Haig, der die allgemeine Kriegslage in großen Zügen darstellte, unter allgemeinem Beifall verlesen. In dem Briefe heißt es: Der Druck, den wir jetzt auf den Feind ausüben, darf keinen Augenblick nachlassen. Die Truppen sind dazu gerüstet und brennen darauf, ihn aufrechtzuerhalten, aber die ununterbrochene Ergänzung der Munition ist dazu unentbehrlich. Die Armee in Frankreich erwartet von den Munitionskarlern, daß sie sie in den Stand setzen, ihre Aufgabe zu erfüllen. Ich bin gewiß, daß dieser Appell nicht vergebens sein wird. Die ganze britische Nation sollte auf den Gedanken eines allgemeinen Feiertages verzichten, bis unser Ziel eines schnellen und entscheidenden Sieges erreicht ist.

Den Abgeordneten wurde auch die Abschrift des Aufrufes eines verwundeten Soldaten überreicht. Gelesen wurde ein Aufruf des Munitionsministers, in dem gesagt war: Die knappen Worte auf diesem Fettel, der von einem von dem Schauplatz des großen Kampfes, der jetzt in Frankreich vor sich geht, in England eingetroffenen verwundeten Soldaten stammt, zeigt klarer als ein umfassender Bericht die große Notwendigkeit der Stunde und die ungeheure Pflicht, die auf denen ruht, die ihr in voller Sicherheit in der Heimat nachzukommen haben. Die englischen Munitionskarlern nehmen ebensogut jetzt im weiteren Verlaufe an den Schlachten teil, als wenn ihre Werkstätten sich unmittelbar hinter der Feuerlinie befänden und sie persönlich damit besetzt wären, die Geschosse den Leuten zu reichen, die sie vorfeuern. Wenn dies einmal begriffen wird, scheint ein jedes Nachlassen ihrer Anstrengungen in dieser kritischen Stunde unmöglich zu sein. Es gibt keinen Feiertag für die Soldaten an der Front. Kann es da Feiertage für uns geben, deren Pflicht es ist, sie mit Waffen in der kritischen Stunde des großen Kampfes zu versorgen? Feiertage, die in England gemacht werden, müssen mit Menschenleben bezahlt werden, die in Frankreich verloren gehen. Hierauf gründet sich die Rechtfertigung für den Aufruf, den der Munitionsminister an die Arbeiter richtet, um sie zur zeitweiligen Verzichtleistung auf die Ruhezeit zu veranlassen, auf die ihre schwere Arbeit unter anderen Umständen ihnen Anspruch gäbe.

Bei Annahme der Resolution, in der die Zustimmung zu der Abschaffung der Feiertage gegeben wird, beschloß die Versammlung, den Wortlaut der Resolution an General Haig unter Zufügung der Versicherung zu telegraphieren, daß die Versorgung mit Munition nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern auch noch vermehrt werden soll.

Die Vergleute waren auf dem Kongress nicht vertreten. Sie hielten aber in den verschiedenen Kohlenbezirklichen Versammlungen ab und beschloßen in gleicher Weise, die Arbeit an den Feiertagen fortzusetzen.

Zwangseinzahlung der Vermögen.

Die im englischen Militärdienstgesetz vorgesehenen Altersgruppen sind aufgerufen. Aber nun fordert „Cash“ im „Labour Leader“, dem Organ der Unabhängigen Arbeiterpartei, neue Gruppen ein. Nicht zum Militärdienst, wohl aber zum Dienst für das Land. Will er etwa Freiwilligenkorps für irgend welche besonderen Leistungen schaffen? Ach nein. Freiwillig würde sich kaum einer aus den Gruppen melden. Er knüpft nur an den während der Debatten über das Dienstpflichtgesetz mehrfach aufgetauchten Vorschlag an, daß neben der Konfiskation des Lebens zum mindesten eine Konfiskation des Vermögens stattfinden müsse. Und zwar hat es ihm vor allem die Nationalisierung des Grund und Bodens angetan. „Cash“ meint, daß, da jetzt aller Leute Kinder eingezogen werden, um ihr Leben hinzugeben, wenigstens die aus dem Krieg Zurückkehrenden, die Blinden, Verkrüppelten sowie die Verwandten der Toten in der Lage sein müßten, mit Wahrheit sagen zu können: Dies ist mein eigenes, mein Heimatland, anstatt wie jetzt: dies ist Hut-Land, Port-Land, Suther-Land usw.

„Wenn dies Land zum Wohl des Volkes sozialisiert ist, dann, und dann allein, werden die Worte: „Er starb für sein Heimatland“ ihre richtige und wahrste Bedeutung haben.“ Und dann zeigt „Cash“, wie der Boden Englands in der Hand einiger weniger ist, und wie hohe Renten sie aus dem Grund

und Boden ziehen. Er erinnert daran, daß sieben Herzöge einen Teil von London besitzen, der 14 640 000 Pfund Sterling = 292 800 000 M. jährlich Rente bringt. Der Herzog von Westminster besitzt 30 000 Acres und zieht 3 038 004 Pfund Sterling Rente daraus.

„Cash“ teilt die Landeigentümer in Gruppen ein (nach dem System der Wertschätzung) und verlangt, daß ihr Wohlstand registriert werde zum Zwecke der Zwangseinzahlung. In seiner Liste V sind die Besitzer von 10 000 bis 20 000 Acres. Es sind ihrer 84, und die Renten bringen eine erhebliche Summe. Vier Gruppen hatte er schon früher aufgerufen, die letzte soll folgen, und er schlägt nun vor, Tribunale, ähnlich wie die Militärtribunale, einzusetzen.

Niemand wird in dem Tribunal sitzen dürfen, der irgend welches Vermögen hat, genau so wie niemandem erlaubt war, in den vergangenen Lokaltribunalen ein Gewissen zu prüfen, es sei denn, daß er selbst keins hatte.“

Wirtschaftskrieg und Wirtschaftskonferenz.

Zwingen oder gestatten dieselben Gründe, aus denen unsere Gruppe englischer Sozialdemokraten als solche zur Sache des Verbandes steht, und auch dazu, die künftige Handelspolitik zu unterstützen? So fragt Robert Arch in der „Justice“ (dem Organ der kriegsfreundlichen Minderheit der Britischen sozialistischen Partei, die sich bekanntlich von der Partei getrennt hat) in der Nummer vom 29. Juni und antwortet: Soweit das Pariser Programm Maßregeln für die Dauer des Krieges vorsieht, ist auch von unserem Standpunkt dagegen nichts einzuwenden, ebensowenig, soweit es sich dabei um Vorschläge handelt, die eine Wiederherstellung des vom Feinde besetzten Gebietes betreffen. Anderer Meinung sind wir bereits hinsichtlich der Entscheidung, daß der deutsche und österreichische Handel nach Friedensschluß eine zeitlang einer Sonderbehandlung unterworfen werden soll. Da müssen wir doch darauf aufmerksam machen, daß wir nicht aus Liebe zum britischen Reich oder aus Liebe zu den herrschenden Klassen der Verbändländer oder weil wir die auswärtige Politik des Verbandes für mehr wie Schmeichelei der Deutschen aber für pöschwarzig hielten, für den Krieg eingetreten sind. Das überlassen wir Journalisten und anderen, die geschäftsmäßig die Leiden des Augenblicks ausnützen und sich dann selbst dergleichen einreden. Wir englischen Sozialdemokraten sehen ein, daß letzten Endes die Ursache dieses, wie aller modernen Kriege, der kapitalistische Imperialismus ist und er den eigentlichen Anstoß zum Krieg, den Angriff zweier kapitalistischer imperialistischer Mächte, nämlich Deutschland und Oesterreich, gegeben hat. Soweit der Verband diesen beiden Staaten Widerstand leistet und sie schlägt, verdient er unsere Hilfe und unsere Sympathie. Aber wenn wir vernünftig sind und unseren Kopf nicht verlieren, dann können wir nicht sagen, daß der Verband den Krieg selbst beschloß, daß er den Militarismus beseitigt und für die Menschlichkeit oder für irgend etwas dieser Art kämpft. Das tut er durchaus nicht. Und die Behauptung, daß er solches im Sinne hat, ist eine romanthastische Erfindung von Rednern und Journalisten, die dem Publikum etwas vormachen wollen, das in seiner Gesamtheit sich lieber Einbildungen, die seinen Enthusiasmus heizen, hingibt, statt Wahrheiten, die nur seinen Verstand befriedigen würden, wenn er da wäre.

Wenn man die deutschen und österreichischen Heere mit Waffengewalt aus den Ländern hinaustreiben will, die sie verbrochen überfallen haben, so ist das zu billigen, hat aber nichts zu tun mit der angeblichen Notwendigkeit der Abwehr wirtschaftlicher Angriffe. Wirtschaftliche Angriffe sind vielmehr eine normale kapitalistische Maßregel, über die kein Kapitalist sich beklagen kann, und wenn man davon redet, daß das Verkaufen zu Schutzwaffen unlauterer Wettbewerb sei, so ist das Heuchelei. Wer irgend etwas von wirtschaftlichen Dingen weiß, sollte sich nicht beeinflussen lassen durch dergleichen geheuchelte moralische Entrüstungen.

Wir müssen ganz einfach erwägen, was unsere Grundsätze und was die Interessen unserer Bewegung hinsichtlich der besonderen Maßregeln von uns fordern, die man gegen den deutschen Handel nach dem Kriege im Auge hat. Da muß man vor allen Dingen sagen, daß die Interessen der Arbeiter fast nur mittelbar davon betroffen werden. Wenn das von den Sozialdemokraten geforderte Recht auf Arbeit gesetzlich anerkannt würde, könnte uns sogar das Problem der Unterbringung, das uns wegen daraus entstehender Arbeitslosigkeit berührt, völlig gleichgültig sein; wir brauchen uns über den Gewinn der Kapitalisten nicht den Kopf zu zerbrechen.

Die englischen Sozialdemokraten dürfen aber die Wirtschaftspolitik nach dem Kriege nicht ignorieren. Als Internationalisten geht uns die Sache etwas an. Ich weiß, daß ich für die Mehrheit der Sozialisten aller Verbändländer spreche, wenn ich sage, daß wir niemals uns denjenigen angeschlossen haben, die das ganze deutsche Volk mit allen seinen Klassen, die all und jeden Deutschen vernichten wollen. Wenn wir auch mit der Mehrheit der deutschen Sozialdemokraten durchaus nicht darin einverstanden sind, daß sie die Verbrechen ihrer Regierung im Reichstag durch Zustimmung unterstützt haben, so halten wir die deutschen Sozialisten doch nicht für ebenso schuldig wie ihre Diplomaten und Generale. Wir wissen genau, daß es Männer und Frauen in Deutschland gibt, die mit ungeborenem Mut die Flagge des Internationalismus wehen lassen, andererseits verabschauen uns Leute wie Hughes und Sir George Macgill sowie andere lautsprechende Deutschfeinde. Die vorgeschlagene Bestrafung des deutschen Handels nach dem Kriege ist aber in weitem Umfange eine Folge der Propaganda eines Hughes und Macgill. Wir betrachten diesen Krieg als ein notwendiges Übel, und wenn er vorbei ist, wollen wir nichts mehr mit ihm zu tun haben. Wir müssen so lange kämpfen, bis wir Friedensbedingungen bekommen, die uns genügen. Haben wir diese aber, dann wollen wir keinen Krieg anderer Art, sondern Frieden.

Interpellation in der italienischen Kammer.

Bern, 19. Juli. (W. T. A.) Mailänder Blättern zufolge brachte der Abgeordnete Alibelli in der italienischen Kammer eine Interpellation wegen der Maßnahmen der deutschen Banken gegenüber italienischen Staatsangehörigen sowie wegen Verweigerung der Ausreiselerlaubnis aus Belgien für taugliche oder einberufene Italiener ein.

Die rechtsstehenden russischen Parteien über die innere Politik.

„Utro Rossii“ vom 8. Juli schreibt: In der letzten Zeit ist in politischen Kreisen viel die Rede von einer Denkschrift der rechtsstehenden Parteien, die sie der Regierung eingereicht haben. In der Denkschrift weist die Rechte nach, daß dank der erzielten Uebereinstimmung des Handels mit den Verbändeten der Krieg eine günstige Wendung genommen hat und bald ein Ende haben wird. Folglich wäre es die Aufgabe einer weisen Regierung, sich schon jetzt auf die Lage nach dem Kriege vorzubereiten.

„Die Regierung,“ behauptet die Rechte, „hat ihre ganze Aufmerksamkeit den Erfordernissen der Kriegszeit zugewandt und achtete zu wenig auf das innerpolitische Leben des Landes. Ganz anders handelten die revolutionären Organisationen, die keine Zeit verloren haben, sondern eifrig Unruhen vorbereiten.“ Die Denkschrift beschäftigt sich eingehend mit der Tätigkeit der gesellschaftlichen Organisationen. Gegen den Semstwo- und Städteverband und gegen die Kriegsindustriekomitees wiederholt die Denkschrift die alten Klagen, daß sie sich mehr um die Politik als um ihre tatsächlichen Aufgaben kümmern und danach streben, die Macht an sich zu reißen. Die Tätigkeit der Revolutionäre hat nicht rechtzeitig die nötige Zurückweisung erfahren und bereits tiefe Wurzeln geschlagen.

„Was tut denn die Regierung in diesem Augenblick des heran nahenden Sturmes?“ fragte die Rechte. Nach den im Frühjahr und Sommer 1915 zutage tretenden Schwankungen und der unvergleichlichen Schwäche, die sich darin kundgab, daß der Linken zu Gefallen so wahrhaft dem Thron und Vaterland ergebene Diener des Zaren, wie Waskonow, Schtscheglowitsch, Sabler und Muchomow, von ihren Posten entfernt wurden, wurde die Regierungsgewalt nach einer Reihe von erfolglosen Ministern Stürmer anvertraut. Die Parteien der Rechten machen kein Hehl daraus, daß sie große Hoffnungen auf Stürmer setzten. Diese haben sich aber nicht bewahrheitet.

Dann folgt eine ganze Reihe von Beschuldigungen an die Adresse Stürmers wegen seiner zu großen Radikalität gegenüber der Duma, wegen der Halbheit seiner Politik gegenüber den Verbändeten, den Kriegsindustriekomitees usw. Zum Schluß wird in der Denkschrift darauf hingewiesen, daß die Regierung sich nicht zu viel zum Schaden der inneren Politik mit rein militärischen Aufgaben beschäftigen dürfe. Die Linke hat die Tendenz, absichtlich den Krieg in die Länge zu ziehen, um sich unterdessen zu organisieren und Unruhen vorzubereiten. „Man muß,“ sagen die Rechtsparteien, „bis zum Siege kämpfen, man muß aber auch verstehen, rechtzeitig aufzuhören, sonst werden alle Früchte der Siege durch die ausbrechenden Unruhen vernichtet werden.“

Wie verlautet, hat Stürmer, nachdem er von dieser Denkschrift Kenntnis genommen hat, Schritte unternommen, um sich von den gegen ihn von der Rechten erhobenen Anklagen zu reinigen.

Aufstieg und Abstieg eines Arbeiterministers.

Der Stern des Herrn Hughes, des Arbeiterpremierministers von Australien, der England für den Schutzoll gewinnen wollte, ist im Sinken. Zwar hat er in England Reden über Reden für Militärdienst und Schutzoll gehalten, zwar hat man ihn in verschiedenen Städten zum Ehrenbürger ernannt, aber trotzdem finden einige liberale Blätter, daß er ein wenig hoch sei.

Die Unabhängigen Arbeiterpartei hat sich von Anfang an recht ablehnend verhalten und seinen Militarismus wie seinen Protektionismus scharf bekämpft, und sie konnte bald berichten, daß die australischen sozialistischen Arbeiter keineswegs erbaud waren von dem Auftreten ihres Premierministers. Jetzt läßt ihn aber selbst, wenn auch nicht wegen seiner reaktionären Anschauungen, ein Abschiedsantritt bei Liz, dem teuersten Hotel in London, geben. Das ist eine kleine Sache und doch ist sie bezeichnend. Ein Arbeitervertreter, der seine Wiffion in London mit einem großen Frühstück in der City beginnt und mit einem gleich gehortigten Bankett bei Liz beendet, hat kaum die besten Mittel gesucht, um mit dem englischen Volk in Verbindung zu kommen. Das besucht keine dieser Gasthäuser. Aber das verhält uns nicht die Tatsache, daß Herr Hughes eine der größten Möglichkeiten, diesem Lande und den Kolonien nützlich zu sein, verfehlt hat. Eine Führung wurde verlangt. Die buntgedruckte Koalitionspartei war diskreditiert. Eine lebhaft, gut durchdachte Politik würde das Land mitgeriffen haben und wahrscheinlich unsere „Wartet ab und seht“ Mittelmaßigkeiten gezwungen haben, einigen wenigen fähigen und entschlossenen Männern Platz zu machen. Wir erhielten nicht derartiges von Herrn Hughes. Der Geist seiner Reden war nicht schlecht; tatsächlich war er gut, aber sie ermangelten der Konsistenz. Es gab keine bestimmten, klar geschrittenen politischen und ökonomischen Vorschläge, die wir folgen und debattieren konnten. Wir haben mehr als genug von den rhetorischen Allgemeinheiten gehort; wir wünschen gesunde Gedanken in klare Sprache umgekehrt. Das gab uns Herr Hughes nicht. Es ist nicht diskreditierend, ihm zu sagen, daß die Situation für ihn schwer zu handhaben ist. Der Fehler war, daß er sprach, als ob er sie meistern könnte und versagte. Aber es gibt keinen Grund, warum er nicht lernen, nachdenken und es wieder versuchen sollte.“

Die Kritik der „Justice“ geht, wie das nicht anders zu erwarten war, an ganz anderer Stelle ein, als die der Independent Labour Party. Der Unabhängigen Arbeiterpartei gefiel der militaristische und protektionistische Tenor der Reden nicht, die britischen Nationalsozialisten hätten die nationalistische Seite seiner Reden gern härter betont gesehen.

Weide sind aber der Ansicht, daß Herr Hughes als ein Arbeitervertreter kaum angesehen werden kann.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 19. Juli. In diesen Tagen werden wieder Vertreter der hiesigen Zentralbehörden nach Wien reisen, um mit Vertretern der zuständigen österreichisch-ungarischen Dienststellen die seit einigen Monaten eingeleiteten wirtschaftlichen Besprechungen fortzusetzen.

Vom U-Bootkrieg.

London, 19. Juli. (W. T. A.) Lloyd's meldet, daß man vermutet, daß der Dampfer „Evangelistria“ versenkt wurde. Der italienische Dampfer „Angels“ (1) wurde von einem U-Boot versenkt. Die Besatzung wurde gefoltert.

Reuter meldet aus Christianstad, daß der britische Dampfer „Adams“, der aus Finnland kam, gestern nachmittags von einem deutschen Zerstörer gefoltert und nach Süden gebracht wurde.

Bevorstehende Veränderungen im russischen Ministerium.

Stockholm, 19. Juli. (T. A.) „Nyhetsbladet“ berichtet über die Verhandlungen des russischen Ministerrates im Hauptquartier: Zuerst seien Fragen der inneren Politik behandelt worden, da bedeutende Veränderungen im Ministerium bevorstehen, von denen die Umwidmung der inneren Politik abhängt, darauf Fragen der Armeeverteilung. Stürmer tritt für die Einsetzung eines Versorgungs-Diktators ein, der für die Verteilung aller Lebensmittel an die Armee und die Bevölkerung verantwortlich sein soll. Es folgte eine Besprechung über ein neues Aktienstück, dessen Veröffentlichung demnächst geplant, und das den Polen das Versprechen einer Autonomie anbedingt.

Neue Unruhen in Irland.

Amsterdam, 19. Juli. (T. A.) Gestern abend ist es in Dublin, Cork und anderen Städten Irlands abermals zu schweren Ausschreitungen gekommen. Die Unruhen ereigneten sich im Anschluß an das Bekanntwerden der Zurückweisung der von Sir Roger Casement eingelegten Berufung.

Ueber die irländische Frage berichtet die „Daily News“ noch, daß eine neue Partei aus den Nationalisten gebildet werden soll, welche gegen die Ausschließung der sechs Ulstergraffschaften sind. Die Partei soll den Namen Old Ireland Party tragen und in ihrer Politik ein einiges Irland anstreben. Es wird behauptet, daß nach den Versammlungen in Derry und Cork, die sich gegen die Ausschließung der Ulstergraffschaften wandten, Schritte unternommen werden sollen, um die Nationalisten in Ulster zur Bildung der neuen Partei zu bewegen, welche dann später über das ganze Land ausgedehnt werden soll. Auch ist schon die Gründung einer Zeitung erwogen, welche die Politik der neuen Partei fördern soll.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Aus dem Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins.

Der Schlosser B. aus einer Spandauer Werkstatt möchte einen Kriegsschein, weil ihm Arbeiten übertragen sind, die seiner bisherigen Tätigkeit als Schlosser in keiner Weise entsprechen. B. hat in anderen Betrieben Metallwerkzeuge gearbeitet und würde nun in diesem Betrieb mit Arbeiten beschäftigt, die ungeeignet für einen Schlosser in Frage kommen. Es wird allseitig anerkannt, daß B. nicht an der richtigen Stelle steht, und da in diesem Betrieb für ihn geeignete Arbeit nicht hergestellt wird, erhält B. den Kriegsschein.

Der Rundschleifer W. von der Firma A. K. will einen Kriegsschein, weil er anstatt in Alford in Stundenlohn arbeiten soll. Damit wäre er ja an und für sich zufrieden gewesen, aber mit dem damit verbundenen Minderverdienst wollte er sich nicht zufrieden geben. Von der Firma wird erklärt, daß es sich lediglich um Zwischenarbeit handle, da die Vorarbeiten nicht so weit gediehen sind, daß ein Alford sich an den anderen anschließen kann. Es wird vereinbart, daß dem Rundschleifer für die Zwischenarbeit eine Lohnerhöhung gezahlt wird.

Die Fräser J. und Z. von der Firma R. A. G. wollen den Kriegsschein. Da die Firma nicht vertreten ist, wird auf Grund dessen der Kriegsschein bestimmungsgemäß ausgestellt. Als Former von der Firma S. fordern den Kriegsschein, weil ihre Forderung von 10 Proz. Erhöhung der Verdienste nicht anerkannt war. Die Firma ist bereit, 5 Proz. zu geben. Nach längerer Aussprache erklärt sich die Kommission der Former bereit, dieses Zugeständnis den übrigen Formern zur Annahme zu empfehlen.

Der Dreher Schw. der Firma B. wünscht den Kriegsschein wegen zu geringen Verdienstes. Schw. behauptet, gegenüber seinen Kollegen bei der letzten Zulage zurückgesetzt zu sein. Es wird vereinbart, die Sache durch eine Zulage auszugleichen.

Zwölf Puffer der Firma J. wollen den Kriegsschein, weil sie in der letzten Woche geringeren Verdienst hatten als vordem. Es stellt sich jedoch heraus, daß die Ursache des geringeren Verdienstes nicht durch Maßnahmen der Firma verursacht ist. Die Puffer hatten vor acht Tagen beschlossen, allesamt in Kommune zu arbeiten. Die Firma hatte ihr Einverständnis dazu gegeben. In der ersten Woche dieses Kommunarbeitens waren die Puffer nun nicht zu ihrem gewohnten Verdienst gekommen, und die Firma erklärte, daß sie nichts dagegen hat, wenn die gemeinsame Arbeit wieder aufgehoben wird, so daß dadurch der frühere Verdienst wieder erreicht werden kann. Vom Kriegsausschuß wird jedoch den Puffern empfohlen, zunächst noch einmal einen Versuch mit ihrer neuen Arbeitsmethode zu machen, und erst, wenn dann kein besseres Resultat erzielt wird, zu ihrer früheren Arbeitsmethode zurückzukehren. Zur Erteilung eines Kriegsscheins lag keine Veranlassung vor.

Der Arbeiter K. von derselben Firma will einen Kriegsschein, weil er die Arbeit in der betreffenden Abteilung nicht ausüben kann. Die Firma erklärt sich bereit, K. in einer anderen Abteilung zu beschäftigen, und ist damit die Differenz behoben.

Die Berliner Töpfer über Parteifreiheit und Gewerkschaften.

Die Jahrsstelle Berlin des Töpferverbandes nahm am Dienstag den Bericht vom zweiten Quartal entgegen. Die von den Unternehmern zugestandene Teuerungszulage ist für die Arbeiter nicht befriedigend ausgefallen, da sie unter den obwaltenden Verhältnissen für die meisten nicht in Betracht kommt. Außerdem wird auch diese Zulage noch nicht einmal durchweg gezahlt, so daß die Lohnkommission in all diesen Fällen eingreifen und zu einer Beurteilung gelangen muß.

Die übrigen entstandenen Differenzen konnten auf dem Wege der Verhandlungen erledigt werden. Der Vorstand hatte gewünscht, daß der paritätische Nachweis sofort eingeführt werde, die Unternehmer haben jedoch als Termin den 1. Oktober d. J. festgesetzt. Bei der Uebernahme von Lohnarbeit sollen die Arbeiter immer erst den Lohnsieg mit dem Unternehmer ausmachen.

Die Zentralkasse hatte eine Gesamteinnahme von 5092,82 M. und eine Gesamtausgabe von 4640,28 M. Es bleibt somit ein Kassenbestand von 452,56 M. — Die Gesamteinnahme der Lokalkasse betrug 4093,88 M., die Gesamtausgabe 3180,82 M. Der Kassenbestand beträgt 913,06 M.

In der Diskussion monierte ein Redner, daß von der Verwaltungsstelle aus die „Fackel“ ins Feld geschickt werde. Vom Vorstand wurde erwidert, daß ihm die „Fackel“ unentgeltlich ausgeliefert werde und die Post an Soldaten ja frei sei. Unkosten entstanden also hierdurch nicht.

Der Redner erklärte hierauf: er beanstande und mißbillige den Versand der „Fackel“ durch die Gewerkschaft. Mit demselben Recht könnten dann auch entgegengesetzte Schriften hincusdefördert werden. Dadurch trage man den Parteifreiheit in die Reihen der Gewerkschaftler.

Der nächste Redner führte aus, der Vorstand habe keine Verbeirung für eine bestimmte Richtung zu betreiben, das müsse aufhören, der Streit soll nicht in die Gewerkschaft getragen werden. Es könne ja jeder lesen, was er wolle, aber das sei eine persönliche Angelegenheit. Der Verband habe sich nicht darum zu kümmern. — Ein weiterer Redner führte aus: Die „Fackel“ sei eine Ergänzung des „Vorwärts“, die Soldaten könnten auch mal die andere Seite hören, jede Richtung habe ihr Recht. Der „Vorwärts“ gehe ja auch ins Feld. Ihm wurde von einem anderen Redner geantwortet: Die Richtungen seien ihm gleichgültig; aber auf diese Weise trage der Vorstand den Streit in den Verband. Das solle aber verhindert werden. Wer die „Fackel“ lesen wolle, möge sich an die zuständigen politischen Stellen wenden, die Gewerkschaft habe anderes zu tun. Der Redakteur des Fackelblattes habe in der früheren Versammlung versprochen, keine Politik mehr auf gewerkschaftlichem Gebiete zu betreiben, und nun werde der Streit wieder entzündet. Wie komme der Zentralvorstand überhaupt dazu, Kriegsanleihe zu zeichnen? Woher habe er das Recht erhalten?

Drunsel: Ja habe schon in einer anderen Versammlung die Gründe hierfür vorgelegt und die Mehrheit der Mitglieder hat mich auch verstanden.

Ein Antrag, daß die Versendung der „Fackel“ und aller sonstigen politischen Schriften durch den Vorstand eingestellt werden solle, wurde einstimmig angenommen.

Eine längere Debatte entzündete ein Antrag, insofern der verminderten Mitgliederzahl und Einnahmen einen Anstellungen zu entlassen.

Drunsel sprach sich gegen den Antrag aus und legte die Gründe dar, die es zweckmäßig erscheinen lassen, die vorhandenen Anstellungen auch über die jetzige Situation hinaus zu erhalten.

Der Antrag wurde gegen eine erhebliche Minderheit angenommen.

Zum Schluß wurden noch die Wahlen zum Arbeitsnachweisbureau erledigt.

Deutsches Reich.

Erklärung.

Der „Vorwärts“ vom 19. d. M. bringt in einer Resolution der Leipziger Metallarbeiter unter anderem auch einen Absatz, der sich gegen mich richtet.

In dem Absatz wird behauptet, meine Tätigkeit in der General-Kommission stände im krassen Gegensatz zur Auffassung der Mehrheit der Delegierten des Berliner Verbandstages und damit im Widerspruch zur Auffassung der Mehrheit der organisierten Metallarbeiter. Dazu möchte ich bemerken, daß ich geradezu überrascht war über diese Stellungnahme der Leipziger Kollegen.

Berantw. Redakt.: Alfred Dielew, Reußlan. In- und Patententw. Berantw. H. G. Gode, Berlin. Druck u. Verlag: Hermanns Buch- u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsbl.

Woher kennen denn die Leipziger Kollegen meine Ansicht und meine Haltung in der General-Kommission? Die ist doch nach außen hin noch gar nicht in die Erscheinung getreten. Gefragt hat mich auch noch nicht danach.

Angehts dieser Tatsache ist die Entschliebung der Leipziger Kollegen gelinde gesagt eine Leichtfertigkeit, die kaum zu überbieten ist.

Weiter möchte ich feststellen, daß die Tätigkeit der General-Kommission nicht einen Augenblick Gegenstand der Verhandlungen des Berliner Verbandstages war. Im Protokoll ist darüber nichts zu finden und mein Gedächtnis sagt mir auch nichts anderes.

Wenn mir auch manchmal das Tun und Treiben der Leipziger Kollegen, beeinflusst durch Mitglieder, die sehr enge Beziehungen zur „Leipziger Volkszeitung“ haben, etwas merkwürdig vorgekommen ist, so habe ich sie doch niemals in ihrem Beginnen gestört. Um so weniger hätten die Leipziger Veranlassung, mich in einer so hinterhältigen Weise anzugreifen.

Wenn irgend eine Verwaltungsstelle unseres Verbandes von mir Auskunft wünscht über meine Ansichten und meine Haltung in der General-Kommission, habe ich mich immer klare und unabweisende Auskunft gegeben. Das werde ich auch in Zukunft so halten. Angriffe der Art, wie es jetzt Leipzig beliebt, verbieten sich für anständige Kollegen von selbst.

Adolf Cohen.

Eine Konferenz der Thermometerarbeiter Thüringens.

Vor einiger Zeit fand in Ilmenau eine Konferenz für die Thermometerindustrie Thüringens statt, zu der die thüringischen Bundesstaaten Vertretungen entsandt hatten. Ebenso waren die in Betracht kommenden Industriellen und der Verband der Glasarbeiter vertreten. Ferner hatte die Regierung zwei unorganisierte Arbeiter geladen, um auch deren Interessen zu vertreten. Die Konferenz hatte sich mit den gegenwärtigen Verhältnissen in der Thermometerindustrie zu beschäftigen. Es sollen Bestimmungen getroffen werden, um die zurzeit günstigen Verhältnisse für später sicherzustellen. Der Krieg hat den Bedarf an ärztlichen Thermometern gesteigert; dadurch sind die Preise für die Instrumente bedeutend gestiegen und ganz natürlich haben sich auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Thermometerarbeiter erheblich gebessert. Die Regierung hatte sofort beim Ausbruch des Krieges ein Ausfuhrverbot erlassen. Nach dem Kriege würde diese Industrie wieder sehr zurückgehen. Um die Interessen der Arbeiter und der Industriellen auch nach dem Kriege sicher zu stellen, fand unter Vorsitz des Geheimen Staatsrats Dr. Unteusch von Weimar eine gemeinsame Konferenz statt.

Das Referat hatte der Vorsitzende Girbig des Glasarbeiterverbandes übernommen, der die Lage der Thermometerarbeiter vor dem Kriege schilderte. Nur in ganz seltenen Fällen verdienten die Arbeiter früher bis zu 80 M. pro Woche, während heute von einem geübten Thermometerarbeiter 80 bis 100 M. und darüber hinaus verdient werden. Ohne allen Zweifel dürfte die Nachfrage auch nach dem Kriege noch für längere Zeit bestehen bleiben, denn das Ausland wird seinen Bedarf zu bedenken versuchen und ist auf das deutsche Fabrikat angewiesen. Wird zurzeit ein Tarif abgeschlossen, der für längere Jahre Geltung hat, und sind die Organisationen der Industriellen und Arbeiter stark genug für Einhaltung des Tarifvertrages einzutreten, dann werden die heute günstigen Verhältnisse sich erhalten lassen.

Die anwesenden Industriellen erklärten ihre Bereitwilligkeit zur ferneren Mitarbeit und erkannten, daß in tariflichen Vereinbarungen eine Sicherstellung für die ganze Industrie liege. Die Regierungsvertreter und auch die Industriellen befanden sich unumwunden, daß von keiner Seite zugelassen werden darf, daß die Preise für die Thermometer wieder so tief sinken, wie dies vor dem Kriege der Fall war.

Die Konferenz sprach ferner aus, daß in ganz entschiedener Weise verlangt werden muß, daß alle ärztlichen Thermometer geaigt und die nach dieser Richtung bestehenden gesetzlichen Vorschriften eingehalten werden müssen. Ebenso soll verlangt werden, daß für alle jugendlichen Arbeiter eine feste Lehrzeit nicht unter 8 1/2 Jahren eingeführt wird.

Die Konferenz wählte nach vierstündiger Beratung eine Kommission aus neun Personen. Den Vorsitz übernahm Herr Geh. Staatsrat Dr. Unteusch und wird die Kommission einen Tarifvertrag und auch die übrigen Bestimmungen über eine feste Lehrzeit ausarbeiten. Dann soll die Weiterberatung festgesetzt werden. Es steht demnach in sicherer Aussicht, daß es endlich gelingen dürfte, für die in der Thüringer Heimindustrie beschäftigten Thermometerarbeiter eine Besserstellung ihrer beruflichen Lage zu schaffen.

Erhebungen über die Frauarbeit im Baugewerbe.

In der ersten Hälfte des Monats August soll vom Deutschen Bauarbeiterverband in allen Zweigvereinen eine Erhebung über die Frauarbeit im Baugewerbe vorgenommen werden. Es soll festgestellt werden, wie groß die Zahl der Bauarbeit verrichtenden Frauen ist, bei welcher Art von Bauarbeit sie tätig sind und wie sie entlohnt werden.

Diese Erhebungen über den Lohn der arbeitenden Frauen sollen sich darauf erstrecken, ob die Frauen im Tagelohn oder im Stundenlohn oder im Alford arbeiten. Die Lohnhöhe soll nicht durch Festsetzung der Einzellöhne ermittelt werden, sondern es ist festzustellen, welcher Lohn im Durchschnitt üblich ist; zwei weitere Fragen sollen Auskunft über den höchsten und den niedrigsten Lohn geben.

Das Ergebnis dieser Erhebungen soll die Grundlage für die Prüfung der Frage bilden, ob der Deutsche Bauarbeiterverband auch der Organisation der erwerbstätigen Frauen näherzutreten soll oder nicht. Es handelt sich also um eine Statistik von erheblicher Wichtigkeit.

Das Schicksal einer Weihnachtspende.

Die „Bergarbeiterzeitung“ berichtet folgende lehrreiche Begebenheit:

Die Belegschaft einer kleinen Zeche im Ruhrgebiet hatte sich einen unorganisierten Arbeiterausschuß gewählt, der es, was leicht vorauszu sehen war, unterließ, für die Unterstützung der bedrängten Kriegsfamilien zu wirken. So gingen denn die Vermittler leer aus, während auf den benachbarten Zechen namhafte Unterstützungen gewährt wurden.

Dieser Belegschaft und ihrem unorganisierten Ausschuss mußte nun doch wohl die leise Erkenntnis dämmern, daß ihr Verhalten mit der Opferbereitschaft anderer Belegschaften sehr wenig im Einklang stand und so sollte den Kriegsfamilien wenigstens eine Weihnachtsgabe bereitet werden. In diesem Zweck wurde gemeinsam. Wenn man nun auch an eine Belegschaft, die einen unorganisierten Arbeiterausschuß wählt, in der Beziehung keine großen Anforderungen stellen darf, so blieb das Ergebnis der Sammlung doch noch hinter den bescheidensten Erwartungen zurück, denn nur ganze 58 M. kamen zusammen. Dieser Betrag wurde dem Betriebsführer zur Verteilung an die Familien der Kriegsteilnehmer übergeben, die aber vergeblich darauf warteten. Als nun der Betriebsführer seine Stellung aufgab und am 1. Juli 1918 nach Essen verzog, half ihm ein Ausschussmitglied beim Umzug und stellte hierbei die Frage, wie es mit der Verteilung des Geldes stehe. Länger als ein halbes Jahr hatte der Arbeiterausschuß also die Sache laufen lassen. Der Betriebsführer erklärte, daß er das Geld dem Arbeiterausschuß zuschicken werde, sobald er sein noch ausstehendes Gehalt erhalten habe. Den Betrag von 8 M., den der Betriebsführer für seinen großen Hund erhielt, händigte er dem Ausschussmitglied als „Abschlagszahlung“ aus, der Rest von 50 M. sollte folgen.

Ob das inzwischen geschehen ist, wissen wir nicht, aber das wissen wir, daß eine Belegschaft, die sich einen unorganisierten Arbeiterausschuß wählt, es gar nicht besser haben will. Wähler und Gewählte sind einander wert. Zu beklagen sind nur die benachteiligten Kriegsfamilien. Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, daß sich ein verlorener Sohn wiederfindet.

Aus der Partei.

Bebel über Parteidifferenzen.

In „Aus meinem Leben“, dritter Band, S. 222, äußert sich Bebel über die „Unstimmigkeiten“ während des Sozialistenkongresses und über die Notwendigkeit freier Aussprache der gegenwärtigen Meinungen. Dort finden sich folgende auch für die heutige Situation zu beherzigende Worte:

„Es ist unvermeidlich, daß in einer Partei, sei sie auch noch so geschlossen und in ihrer persönlichen Auffassung einig, im Laufe des Kampfes Meinungsverschiedenheiten entstehen und sich Gegensätze herausbilden. Es gibt keine Partei, die dergleichen Erfahrungen nicht gemacht hätte oder macht. Die Sozialdemokratie macht darin keine Ausnahme.“

Parteien, die in der Macht sind und ihre Machtstellung gegen Angriffe zu verteidigen haben, sind geschlossen als solche, die um die Eroberung der Macht kämpfen. Bei diesen letzteren entstehen leicht Meinungsverschiedenheiten über die zu beobachtende Taktik, über Fragen wie die, in welcher Weise und mit welchen Mitteln man zu kämpfen habe, wie weit man dem Gegner entgegenkommen könne oder solle, welche Wirkung auf den Gegner die eine oder andere Kampfmethod e ausüben werde und welchen Erfolg die eine oder andere zeitige.

Aber die Wahl der Kampfmethod e ist keine freie; sie wird beeinflusst durch die Kampfweil e und Machtmittel des Gegners, die den Angreifer zwingen, zu kämpfen nicht wie er will, sondern wie er muß. Darüber entstehen dann Meinungsverschiedenheiten, die durch Temperament und Charakter der einzelnen, die verschiedenartige Auffassung der allgemeinen Lage und der eigenen Partei zu Meinungen und Meinungskämpfen führen.

Solche Meinungskämpfe sind in der Sozialdemokratie vorgekommen, so lange sie besteht, und sie werden bleiben, so lange die Partei lebt, dabei allerdings nach den Umständen ihren Charakter ändern. Sollen aber solche Meinungskämpfe innerhalb einer Partei zu ihrem Nutzen verlaufen, so ist die erste Bedingung eine freie Aussprache der Meinungen, die einen Ausgleich der gegenwärtigen Auffassung herbeiführen kann.

An der Möglichkeit einer solchen offenen Aussprache, die Lebensluft für eine demokratische Partei ist, fehlte es aber unter dem Sozialistengesetz in hohem Grade. Die Kongresse, die immer erst in langen Zwischenräumen und unter Ueberwindung großer Schwierigkeiten stattfinden konnten, genügten allein nicht; auch die Konferenzen, die zeitweilig unter den führenden Genossen abgehalten wurden, waren nur ein Notbehelf. Ihre offene Ausübung im Parteiorgan war aber sehr schwierig und bedenklich, weil man dabei den Gegner in die Karten sehen lassen mußte. So erklärt es sich, daß die Meinungsverschiedenheiten in der Partei zeitweilig einen unangenehmen Charakter annahmen und auf beiden Seiten zeitweilig der Glaube entstand, es werde zu einer Spaltung kommen.

In die Deffentlichkeit drang von diesen Meinungsverschiedenheiten nur wenig, aber unzweifelhaft war, daß, falls es zu erregten, öffentlichen Erörterungen gekommen wäre, die ungeborene Mehrheit der Parteigenossen jeden Versuch, eine Spaltung herbeizuführen, zurückgewiesen hätte.“

Zum Frankfurter Parteikonflikt.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins Frankfurt a. M. schreibt uns:

Aufklärung über die angebliche Verweigerung der Pflichtbeiträge des Wahlkreises Frankfurt a. M. an den dortigen Bezirksvorstand.

Wenn schon die Frankfurter Wahlkreisorganisation vor und gleich nach Ausbruch des Krieges sehr stark unter der eigentümlichen Stellung des Bezirkssekretariates zu leiden hatte, führte die Parteileitung doch ihre Pflichtbeiträge weiter ab. Nachdem aber im Austrage des Bezirksvorstandes, unter Aufsicht mehrerer Mitglieder dieser Körperschaft, ein Flugblatt verfaßt und verbreitet wurde (das Flugblatt wurde von dem Beamten des Bezirkssekretariats verfaßt und bezahlt), in welchem die internsten Parteianglegenheiten vor das Forum der Deffentlichkeit gezogen wurden, und worin man aufforderte, die „Volksstimme“ abzusetzen, und nachdem das erweiterte Agitationskomitee die volle Verantwortung für diese Handlung übernahm, gab es für die Frankfurter Parteileitung keinen anderen Weg, als dieser Körperschaft die Mittel für solche parteischädigende Handlungen zu entziehen. Es ist bekannt, daß ziemlich alle Kreise aus Mangel an Mitteln keine Pflichtbeiträge mehr an den Bezirksvorstand abliefern. Das gegen uns gerichtete Flugblatt würde ausschließlich von unseren Geldern bezahlt werden. Die Welt würde lachen, wenn wir das Pulver liefern würden, mit welchem man uns zu erlöchen beabsichtigt. Sollten die Unkosten aber, wie uns mitgeteilt wurde, durch ein Umlageverfahren in den daran interessierten Kreisen gedeckt werden, so ändert dieses nichts. Denn mehrere größere Kreise haben ihre Pflichtbeiträge an den Bezirksvorstand wegen Mangels an Mitteln nicht abführen können, und bei den sieben kleineren Kreisen steht einer budmäßigen Einnahme von 883,23 M. eine Ausgabe von 4617,18 M. gegenüber. Der Bezirksvorstand wird also direkt oder indirekt die Kosten für das Flugblatt tragen.

Die Agitation gegen die „Volksstimme“ unter Führung des erweiterten Agitationskomitees hat dem Unternehmen einen gewissen Schaden zugefügt. Da ganz sicher anzunehmen ist, daß die auswärtigen Kreise niemals diesen Schaden decken werden, so war es unsere Pflicht, so weit es in unseren Kräften steht, für Begleichung dieses Schadens zu sorgen. Die Generalversammlung nahm daher die nachstehende Resolution an:

„Durch die Beschlüsse des erweiterten Agitationskomitees zur Pressefrage wird das „Volksstimmen“-Unternehmen finanziell geschädigt. Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Frankfurt a. M. beschließt darum, die an das Agitationskomitee abzuleifernden Pflichtbeiträge vorläufig an die Geschäftsleitung der „Volksstimme“ abzuführen.“

Da die Parteipresse ein Bestandteil der Parteiorganisation ist, so ist dieser Schritt zur Förderung der Partei gemacht worden und wir glauben, daß gegen diesen Beschluß nichts einzuwenden ist.

Gegen die Einberufung eines Parteitag es.

Eine Konferenz des Wahlkreises Offenbach-Dieburg beschäftigte sich mit der gegenwärtigen Krise in der Partei. Der Abgeordnete des Kreises, Genosse Illrich, verteidigte die Fraktionsmehrheit, während Abgeordneter Genosse Ledebour die Haltung der Arbeitgemeinschaft begründete. Nach einer längeren Diskussion wurde von einer Stellungnahme zum Parteifreist abstand genommen, dagegen einstimmig beschlossen, beim Parteivorstand zu beantragen, daß kein Kriegs-Parteitag stattfinden soll.

Aus Industrie und Handel.

Erneuerung des Kohlenhydriats.

In einer Jechenbesitzerversammlung des rheinisch-westfälischen Kohlenhydriats wurde über die Verhandlungen des Ausschusses berichtet, daß nicht sämtliche Beteiligten, wohl aber ein ansehnlicher Teil davon sich bedingungslos bereit erklärt hat, einem zu bildenden fünfjährigen Syndikat beizutreten. Der Fortgang der Verhandlungen soll sich in der Weise abspielen, daß auf den 15. September eine entscheidende Versammlung der Jechenbesitzer eingeladen wird. Falls sich auch dann noch nicht die Zustimmung der Gesamtheit ergibt, soll eine weitere Versammlung vor dem 15. Oktober stattfinden.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Zeitweil e heiter, aber noch ziemlich kühl und veränderlich. Besonders still in der Ober-Itter leichte Regenfälle.

Für einen Kriegsparteitag.

Wir erhalten folgende Zuschrift:
Werte Kollegen!

Die Erörterungen über den Kriegsparteitag veranlassen zu einigen Bemerkungen. Einem Menschen, der jenseits aller Personalitäten die Dinge aus ihren sachlichen Bedingungen zu beobachten und zu begreifen bemüht ist, fällt es schwer, die Stellungnahme der verschiedenen Parteirichtungen zu dieser Frage zu verstehen.

Ich würde es nicht verwunderlich finden, wenn die sogenannte Parteimehrheit und der Parteivorstand sich mit allen Mitteln gegen die Einberufung eines Kriegsparteitags wehren würden. Denn Mehrheit und Vorstand können unter keinen Umständen bei solchem Unternehmen gewinnen. Das zeigt eine ebenso einfache wie zwingende Überlegung. Würde die bisher herrschende Instanzentscheidung auf dem Parteitag eine Mehrheit gewinnen, so wäre das für niemanden eine Deduktion, für niemanden Rechtfertigung und Entlastung, es würde aber auch für niemanden die demokratische Pflicht zur Unterwerfung unter Mehrheitsbeschlüsse, bei den gegenwärtigen Verhältnissen, als gegeben erscheinen lassen. Umgekehrt: würde sich eine Mehrheit gegen die jegliche Exekutive der Parteipolitik finden, so wäre das eine geradezu zermalmende Niederlage der Instanzmehrheit, aus der jeder die notwendigen demokratischen Konsequenzen zu ziehen hätte, wer in der Partei fürderhin zu bleiben wünschte. Dieser ausschlaggebende Unterschied der Wirkungen möglicher Parteitagbeschlüsse geht aus der von Grund aus verschiedenen Rechtslage unserer Ordnungsgruppe und unserer Parteiposition hervor (um die unsicheren Ausdrücke Mehrheit und Minderheit zu vermeiden). Der ersteren werden keine wesentlichen Schwierigkeiten in der Entfaltung ihrer Propaganda durch Belagerungszustand und Zensur bereitet. Gegen die Opposition, wie immer gewisse Organisationsorgane eine solche Behauptung zu verhehlen und zu bestreiten lieben, in ihrer Bewegungsfreiheit vollständig gehemmt; ja die schlimmste Hemmung besteht gerade in dem Schein ihrer Bewegungsfreiheit. Die Zensur läßt keine uneingeschränkte Diskussion der Kriegspolitiken der Presse zu; das beeinträchtigt nicht die Organisationsblätter, die dieser vielleicht unerwünschten Freiheit nicht bedürfen, läßt aber völlig die Opposition, und dann am empfindlichsten, wenn sie scheinbar ihre Sache zu verteidigen imstande ist. Auch wo in Versammlungen die Vertreter der verschiedenen Richtungen miteinander diskutieren, war die Freiheit der Argumente für die Opposition immer nur verstimmt.

Bei den Delegiertenwahlen wird in den meisten Kreisen diese verschiedenartige Lage der Anhänger der einen oder der anderen Meinung zu ungunsten der Opposition, so bleibt in allen Fällen die Vermutung einer durch äußere Umstände bedingten Aufklärung bestehen, die die schließliche Entscheidung der seldermäßig nicht genügend unterrichteten Parteigenossen als zufällig und nicht bindend entwerfen muß. Der Mangel dieser Herkunft der Delegierten läßt dann natürlich verstreut auf dem Parteitag und keine formelle Berufung auf die demokratische Pflicht der Unterwerfung unter Mehrheitsbeschlüsse würde einen denkenden und gewissenhaften Parteigenossen zur Verweigerung von Belagerungszustand und Demokratie verführen; Demokratie ohne unbegrenzte Freiheit der Selbstbestimmung ist ein Widerspruch, ein Unding.

Anders steht es mit den Mandaten der Oppositionsdelegierten; die sind durchaus vollständig, da sie ja trotz der für ihre Sache ungunstigen militärischen Staatsgewalt (oder auch: verstaatlichten Militärgewalt) gewonnen worden sind. Die Mandate der durch die gegenwärtigen Verhältnisse gewalttätig, wenn auch wider deren Willen, von außen begünstigten Fraktionsmehrheit- und Parteivorstandsanhänger sind mithin von vornherein odios und halten feiner wirksamen demokratischen Prüfung stand. Geringe Zahlen der Oppositionsmandate moralisch und demokratisch doppelt und dreifach, selbst wenn man über ihre sachliche Bedeutung eine ungünstige Meinung hegen sollte.

Aus denselben Gründen ist übrigens auch der Vergleich eines Kriegsparteitags mit den Berliner Organisationswahlen sinnlos. Ueberall, wo trotz der äußeren Hindernisse, sich überwältigende Mehrheiten der Parteigenossen zur Opposition bekennen, wohnt den Parteibeschlüssen mit Recht bindende Kraft bei, und es ist nicht der mindeste Anlaß, die demokratische Bewegungsfreiheit auch während des Krieges in der Änderung ihrer Leitungen und Führerschaften zu verweigern. Ueberall, wo die Ordnungsparteiler sich behaupten, ist ihr inneres Recht, eben wegen ihrer Begünstigung und der minderen Betätigungsfreiheit der anderen, verächtlich und bleibt jede Berufung, daß sie die mehreren seien, zweifelhaft.

Die Fraktionsmehrheit und der Parteivorstand wünschen, was wir natürlich verstehen und billigen, für ihre Donblungsweise die Unterstützung der Masse der Parteigenossen; sie möchten zu diesem Zweck die wünschenswerten Anbahnungsverhältnisse in den Parteioffizialen zahlenmäßig feststellen. Aber dieser berechtigende Wunsch kann durch einen Kriegsparteitag nimmermehr erfüllt werden. Eine Mehrheit nicht ihnen nicht, wie wir gezeigt haben, in die Minderheit zu geraten, wäre für sie vernichtend. Deshalb müßte gerade die gegenwärtig herrschende Parteirichtung sich gegen den Gedanken wehren, ein für sie so gefährliches Mittel anzuwenden.

Würde ein Kriegsparteitag nur den Zweck haben, in der Parteimehrheit Ordnung zu schaffen, dem Vorstand und der alten Fraktion ein Vertrauensvotum zu erobern, so müßte auch die Opposition selbstverständlich ein so untaugliches, für die Parteieinheit bedrohliches Unternehmen ablehnen. Aber es scheint mir, als ob es für die Parteiposition zurzeit unendlich größere Aufgaben zu lösen gäbe, als die noch so bedeutende innere Ordnung des sogenannten Parteichaos. Unsere elementare Aufgabe ist es vielmehr, dem Proletariat den reichsten und stärksten Einfluß auf die Kriegspolitik zu gewinnen. Parteifähigkeit und Parteieinheit finden sich ganz von selbst wieder, wenn wir ein sozialistisches und demokratisches Aktionsprogramm (das aber nicht nur Programm heißen darf, sondern unmittelbar auszuführen ist) für die gegenwärtige Weltlage aufstellen und ungesäumt mit seiner Bewirkung beginnen. Das ist die geschichtliche Rolle, die für die Zukunft der Internationale wie des deutschen Volkes der Parteiposition auferlegt ist, zumal der deutschen Parteiposition. Da gilt kein Hören und keine Nebenblichkeit mehr. Für die Förderung dieser weltgeschichtlichen Aufgabe aber scheint ein Kriegsparteitag eine mögliche Stätte fruchtbarer Vorbereitung entschlossener Handlung.

Ich setze dabei selbstverständlich voraus, daß der Parteivorstand, wenn er im Interesse der Aufklärung der weitesten Parteioffentlichkeit einen Parteitag einberufen sollte, sich vorher vergewissert hat, daß dieser Zweck der Aufklärung auch erreicht werden kann durch die Öffentlichkeit der Verhandlungen und Freiheit der Berichterstattung in der Presse. Ist aber diese Voraussetzung erfüllt, ohne die der Parteitag ja zur läppischen Possen werden würde, dann wächst der Parteitag, von dem engeren organisatorischen Zweck notwendig weit über sich hinaus, sofern die Opposition ihre Stunde und ihre Pflicht recht versteht. Es wird dann schnell offen gleichgültig werden, ob der oder jener im Parteivorstand sitzt, oder zu entscheiden, welches Maß politischer Weisheit der alten und der neuen Fraktion auszubilligen sei.

Für die Delegierten gelten nicht die einschränkenden Rücksichten, die ein Redakteur auf die Existenz des ihm anvertrauten Blattes, ein Organisationsleiter auf den Bestand seiner Organisation nehmen muß, auf dem Parteitag wird von jedem Delegierten verlangt werden müssen und jeder bei der Wahl darauf verpflichtet werden, daß er rückwärtslos seine Überzeugung und

seinen Willen ausdrückt, ohne irgend welche Jaghaftigkeit vor unangenehmen persönlichen Folgen. Das tragisch stählende Wort eines französischen Offiziers: „Wir sind heute alle nur tote auf Urlaub“ muß für die Parteitagdelegierten in dem Sinne beherrschend sein, daß sie ohne Menschenfurcht aussprechen, was ist, und bekennen, was sie zu tun gedenken. Ein mit solchem Geist erfüllter Parteitag wird über Parteioffizialen und Partei hinaus auf das ganze deutsche Volk und jenseits der Grenzen wirken. Und er kann wesentlich dazu beitragen, daß wir uns nicht mehr bloß mit dem leeren Protest begnügen müssen, durch den wir Verantwortlichkeiten ablehnen, sondern daß wir den Einfluß gewinnen, die Verantwortung für die Durchführung einer positiven und aktiven sozialdemokratischen Politik übernehmen zu können.

Darum sollte die Opposition sich für die Einberufung eines Kriegsparteitags erklären!
München, 18. Juli 1916. Kurt Eisner.

Genosse Eisner geht in seinen Auffassungen von zwei Voraussetzungen aus, die unserer Überzeugung noch nicht vorliegen. Er betont gleich uns, daß angesichts der Eigenartigkeit des Kriegsparteitags für die Minderheit keinerlei moralische und demokratische Verpflichtung bestehe, sich etwaigen Beschlüssen des Parteitages zu unterwerfen. Eisner scheint dabei nur zu übersehen, daß diese Erwägungen, weshalb der Parteitag der moralischen und demokratischen Befugnis entbehre, der Minderheit die Diktatur seiner Beschlüsse aufzuerlegen, wahrscheinlich für die Mehrheit als völlig belanglos erscheinen und für sie keinen Hinderungsgrund bedeuten würden, die Beschlüsse dennoch mit allen Mitteln durchzuführen. Dadurch würde aber, wie wir ausführlich nachgewiesen haben, die Gefahr der Spaltung der Partei heraufbeschworen. Diese Spaltung aber wollen wir, soweit es an uns liegt, vermeiden. Um sie aber zu vermeiden, ist es notwendig, eine Situation zu verhindern, die in ihren Konsequenzen mit der größten Wahrscheinlichkeit zur Spaltung führen müßte.

Weiterhin betrachtet Genosse Eisner den Parteitag als ein Mittel, um die Waffen der Partei für jene Kriegspolitik zu gewinnen, die die Minderheit aber, um seinen Ausdruck zu gebrauchen, die Parteiposition für notwendig hält. Als ein derartiges Mittel erscheint ihm eine Aufklärung der Masse, wie sie bisher leider nicht möglich war. Aber von einer solchen Aufklärung könnte doch nur dann die Rede sein, wenn die Darlegungen der Opposition in breiterer Ausführlichkeit und völlig unentstellt und unversäuselt der Öffentlichkeit mitgeteilt werden würden. Sicherlich, darin stimmen wir mit Eisner überein, würde kein überzeugungstreuer Vertreter der Minderheit sich scheuen, seine Meinung unumwunden in aller Öffentlichkeit auszusprechen, so verabscheuungswürdig er auch entstelle, aus dem Zusammenhang gerissene Zitate empfinden müßte, da es ja bei dem gegenwärtigen Zustande der Pressefreiheit ausgeschlossen ist, einer solchen Zitierrmethode durch Darlegungen des wirklich Gefagten entgegenzutreten. Aber die Möglichkeit einer korrekten und ausführlichen Berichterstattung über die Verhandlungen des Parteitages halten wir nach Lage der Dinge für völlig ausgeschlossen. Darum scheidet auch dieser Beweggrund für eine andere Stellungnahme gegenüber dem Parteitag, als wir sie eingenommen, für uns von vornherein aus.

Danach halten wir noch immer den Kriegsparteitag für eine Schädigung der Partei, die wir, was an uns liegt, mit aller Energie zu verhüten trachten müssen. Wir müssen jede Verantwortung für alles, was ein entgegengegesetzter Beschluß des Parteiaussschusses nach sich ziehen würde, ablehnen.

Die Parteipresse zur Einberufung eines Kriegsparteitages.

Die Chemnitzer „Vollstimme“ kommt in einem „Entweder — oder“ gezeichneten Artikel zu folgenden Betrachtungen im Anschluß an die Wahlen in Berlin und Leipzig:

„Entweder wir nehmen jetzt vorbehaltlich späterer Richtigstellung Entscheidungen und Reichswahlen vor; dann aber nicht nur in einzelnen Wahlkreisen und Bezirken, sondern auf der ganzen Linie. Dann ist der Kriegsparteitag eine Notwendigkeit.“

Oder wir verzichten auf Neuwahlen und Festlegungen. Dann aber nicht nur auf den Parteitag, sondern auch auf die abschauliche Reglementierung gegen Parteigenossen in den einzelnen Wahlkreisen und Bezirken. Dann müssen die alten Gesetze der Disziplin auf der ganzen Linie wiederhergestellt werden.“

Was die Fraktionsmehrheit beschließt, ist dann Fraktionsbeschluss — was die Zentralinstanzen der Partei beschließen, muß von den Zentralorganen bei allem Recht freier Kritik durch den einzelnen doch anerkannt und vertreten werden. Dann darf niemand für Belagerungszustand oder Sonderorganisationen werden, ohne sich damit außerhalb der Partei zu stellen.

Jedenfalls ist der bisherige Zustand untragbar, daß die Minderheit, wo sie ihrer Sache sicher zu sein glaubt, Entscheidungen herbeiführt und sonst die Entscheidungen für undemokratisch erklärt. Jedenfalls kann es nicht weitergehen, daß Leute, die für die Spaltung der Parteibeiträge agitieren und Sonderorganisationen über ganz Deutschland ins Leben rufen wollen, weiter in Parteimänteln belassen werden. Jedenfalls muß in Konstantin wie denen um den „Vorwärts“ oder zwischen dem Wahlverein Frankfurt a. M. und dem Bezirk Frankfurt a. M. eine Entscheidung herbeigeführt werden. Sonst löst die Partei als politische Einheit von selbst auf zu bestehen, und es tut jeder, was er will. Welcher Mensch mit fünf gesunden Sinnen kann dem Parteivorstand zumuten, ruhig zuzusehen, daß, wie Wellmann und Eugen Ernst, Hölke und Theodor Fischer hinausgeworfen worden sind, auch weiter seine Anhänger verfolgt und vergewaltigt werden, während die wüßteste Zersplitterungsarbeit in der Partei- und Jugendbewegung heilig und unerleichtlich sein soll? Es ist höchste Zeit, die Minderheit vor die offene Wahl zu stellen, ob sie, bis die Genossen aus dem Felde zurückkehren, d. h. selbst im günstigsten Falle noch auf mindestens anderthalb Jahre bis zur vollständigen Demobilisierung die Parteidisziplin achten und von Reglementierung absehen will, oder ob sie den Kriegsparteitag unumgänglich macht. Der Parteivorstand ist es einfach seiner Ehre schuldig, nicht länger seine Anhänger im Lande schulislos der Verfolgungswut der Opposition in den Wahlkreisen auszuliefern, in denen jene die Gewalt hat.

Ob nachher die Minderheit die Beschlüsse des Kriegsparteitages anerkennt oder nicht, darüber mag sie sich mit ihrem Gewissen verständigen. Wir verkennen nicht, daß ohnedies die lange Dauer des einseitigen Kampfes und die schwere Lebensmittellage der Opposition in reichstem Umfange zugute kommen und von ihr rückwärtslos ausgenutzt werden. Aber die Politik des Behaltens und Geschehenslassen hat schon zu lange gedauert. Die deutsche Arbeiterklasse hat ein Recht darauf zu wissen, woran sie mit der Partei ist. Entweder die Opposition erkennt von jetzt ab freiwillig die schmächtig verlebten Parteipolitiken wieder an, oder ein Kriegsparteitag muß die Entscheidung bringen. Entweder — oder! Ein Drittes gibt es nicht mehr!

Das „Hamburger Echo“ schreibt:
„Es kann sich einzig und allein darum handeln, organisatorische Angelegenheiten zu regeln, in der Notwehr gegen bewußte und unbewußte Parteiverführer. Die Aufgabe kann nur sein, der Anarchie, die von einer Anzahl von Personen erzeugt und gefördert wird, einen Damm entgegenzusetzen. Und diese organisatorischen Angelegenheiten können sehr wohl erledigt werden. Das hindert der Kriegszustand nicht. Wenigstens haben wir nicht bemerkt, daß sich die Väter irgendeiner der Oppositionsgruppen in ihrem Kampf gegen die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, gegen den Parteivorstand, gegen die „Instanzen“, gegen mißliebige Personen irgendeine Beschränkung auferlegt hätten oder hätten auferlegen lassen — ganz abgesehen von der Flugchriftenliteratur. Die Einschränkung lag ganz auf der anderen Seite, und sie war veranlaßt durch die Sorge um die Partei, die man nicht zum Gespött der Gegner machen wollte.“

Alles aber hat seine Grenze. Es darf den Verantwortungslosen schließlich die Arbeit von fünfzig Jahren des Aufbaues zur Zerstörung überlassen wird, muß die Entscheidung der Partei selbst gefordert werden. Ein Rot-Parteitag soll zeigen, was die Parteigenossen wollen. Daß sie nicht alle ihre Stimme abgeben können, daß die Hälfte von ihnen nicht mitwirken kann, ist schlimm. Aber wenigstens können wir dafür sorgen, daß diese, wenn sie zurückkommen, noch eine Partei vorfinden, und nicht ein Chaos, in dem noch einige Diskussions- und Resolutionsflutts umherquillen.“

Die Mannheimer „Vollstimme“ kommt zu folgender Stellungnahme:

Die Erörterung — natürlich nicht die Entscheidung — der Frage, ob noch in diesem Spätjahre ein Parteitag zustande kommen soll, um zu den die Partei zurzeit bewegenden großen Fragestellungen zu nehmen, wird vorläufig im Parteiaussschuss erfolgen. Die Nachricht darüber hat die radikale Presse sofort zu einem scharfen Protest auf den Damm gerufen, in dem die Angst vor dem Verdacht der obersten Parteinstanz über die Kriegspolitik der Opposition deutlich zum Ausdruck kommt. Die Befürchtung eines Kriegsparteitages erfolgt dabei teilweise mit Gründen, die wir auf jener Seite ganz und gar verneinlich haben, als Groß-Berlin, entgegen allen bisher im Kriege geübten Gepflogenheiten, zu Vorstandswahlen und sonstigen einschneidenden organisatorischen Maßnahmen schritt. Davon abgesehen, scheinen uns aber gegen den Kriegsparteitag eine Reihe gewichtiger Gründe — auch solche hochpolitischer, weit über die Grenze des Reiches hinaus wirkender Art — zu sprechen, die uns zum mindesten veranlassen sollten, die Frage sehr ernst und eingehend zu prüfen. Im Parteiaussschuss kann das ja nur zu nebenher geschehen; die Parteioffizialen sollten bei dieser wichtigen Frage nicht übergegangen werden, und für alle Fälle wäre Vorwarnung zu treffen, daß die endgültige Entscheidung in allen taktischen und grundsätzlichen Streitfragen, die der Weltkrieg in unserer Partei aufgeworfen hat, einem Parteitag vorbehalten bleibt, auf dem die Meinung der Millionen unserer Anhänger zur Geltung kommen könnte, die jetzt brauen im Felde ihre harte Soldatenpflicht tun.

Die Straßburger „Freie Presse“ äußert:

Gegen die Abhaltung eines Parteitages sprechen sich „Leipziger Volksztg.“, „Oberfelder Freie Presse“, „Vorwärts“ und noch einige Parteipresseorgane. Auch wir müssen gestehen, daß die Abhaltung eines Parteitages in jeglicher Zeit zwecklos und wertlos ist. Wir haben von Anfang an im Parteistreit den Standpunkt vertreten, daß die Genossen im Felde auch ein Wort mitzureden haben und nicht, wenn sie zurückkommen, vor vollendeten Tatsachen stehen, an denen sie nichts oder herzlich wenig ändern können. Auch bei einem jetzt stattfindenden Parteitage wären die meisten Genossen im Felde, die aktiv in der Agitation standen, ausgeschaltet. Der Parteitag hätte mit seinen Beschlüssen keine Autorität. Dadurch würde das Wirrwort nur noch vergrößert. Der Parteitag, der den Parteistreit schlichtet, muß von vornherein über Autorität verfügen, die nachher nicht von der rechten oder linken Seite angezweifelt wird. Einen solchen Parteitag kann man jetzt nicht zusammenrufen, wo sogar in einzelnen Teilen des Reiches nicht einmal Delegiertenwahlen stattfinden können.

Das rechtsstehende „Sächsische Volksblatt“ (Widau) bemerkt:

Was nun die Frage selbst betrifft, ob Kriegsparteitag oder nicht, so sind wir nach wie vor der Meinung, daß von einem solchen Kriegsparteitag für die Partei nicht allzuviel zu erwarten wäre. Ganz abgesehen davon, daß Laufende der besten Genossen unter Waffen stehen, also von jeder Beteiligung am inneren Parteileben vollständig ausgeschlossen sind, würden auch die Beschlüsse eines solchen Parteitages niemals das Gewicht haben, das ihnen zukommen müßte. Wir verstehen uns gewiß nicht, daß es eine ganze Reihe von Parteifragen gibt, die nach ihrer Lösung geradezu schreiben. Aber wie sich nun einmal die Verhältnisse in der Partei gestaltet haben, würde ein Parteitag, der unter dem Damoclesschwert des Kriegszustandes seine Geschäfte besorgen muß, niemals die gewünschte Lösung bringen können. Im Gegenteil, wir haben geradezu die Befürchtung, daß ein solcher Kriegsparteitag die Uneinigkeit in unseren Reihen nur noch verstärken würde. Deshalb bleibt nichts anderes übrig, als die Dinge laufen zu lassen, wie bisher, und der Stunde des Friedens entgegenzuarbeiten, die der Partei ihre volle Freiheit wiedergeben wird.

Ebenso ablehnend verhält sich die „Brandenburger Zeitung“:

Wir müssen unsfererseits — ganz abgesehen von dem Fehlen der großen Masse der Parteigenossen, die im Felde oder unter militärischem Zwang steht — bestreiten, daß eine freie Aussprache aller Richtungen auf einem Kriegsparteitag möglich ist. Hat man doch eben erst der Sozialdemokratischen Arbeitergemeinschaft durch Zensurmaßnahmen die Darlegung ihres Standpunktes verweigert, so zum Schweigen von den weiter links stehenden Parteigenossen um Liebnecht usw. Ist es denn überhaupt schon abgemacht, daß die Regierung einen Parteitag bedingungslos genehmigen wird? Oder sollen dafür irgendwelche Garantien vom Parteivorstand übernommen werden?!

Politische Uebersicht.

Mein Zollschuß!

Die Erfahrung hat gelehrt, daß der deutsche Zollschuß keineswegs, wie von seinen Freunden immer behauptet wurde, die deutsche Landwirtschaft instand gesetzt hat, die gesamte Bevölkerung ausreichend mit Nahrungsmitteln zu versehen. Diese Tatsache wird jetzt auch von der konservativen Presse anerkannt, die bei Beginn des Krieges noch das Gegenteil behauptete. Einheitsvolle Nationalökonomien ziehen nun aus dieser Tatsache den Schluß, daß es notwendig sei, die ganze Zollgesetzgebung einer gründlichen „Neuorientierung“ zu unterziehen. Denn wenn die Zollgesetzgebung nicht die erwartete Wirkung im Kriege erzielt hat, was habe es dann für einen Sinn, der Bevölkerung in langen Friedenszeiten durch diese Zölle höhere Preise aufzuzwingen! Die konservativ-händlerische Presse wehrt sich natürlich gegen diesen Schluß. Sie redet vielmehr einer weiteren Heraushebung der Zölle das Wort, damit die Rentabilität der Landwirtschaft so sehr gesteigert werde, daß der Anbau sämtlicher notwendigen Rohprodukte in Deutschland möglich werde. So schreibt z. B. die „Arenzzeitung“:

„Wie Läden hast erscheint uns heute, wo jeder Tag neue wichtige Erfahrungen bringt, dieser geltende Zolltarif; wie

Viele Krankheiten und Unfallsfolgen lassen sich äußerlich schwer erkennen. Deshalb soll ein Arzt sich davor hüten, dem Erkrankten oder Verletzten Simulation, Uebertreibung, Einbildung zuzuschreiben, vielmehr sich selbst prüfen, ob des Arztes Annahme nicht Einbildung sei. Leider haben wir gerade in Unfallsachen oft zu beklagen, daß Ärzte sich geradezu in ihren Irrtum verrennen und selbst nicht davor zurückschrecken, zügelnde und objektiver denkende Ärzte anzugreifen. Einen solchen Fall stellt der nachstehend geschilderte dar.

Der Ruitische Th. erlitt am 13. Juni 1910 einen Unfall. Er erhielt vom Pferde einen Schlag, daß er hinfiel, wahrheitsgemäß das Pferd auf seinen Körper heruntersprang. Die Lagerer-Berufsgenossenschaft gewährte zunächst 33 1/2 Proz. Rente, dann, da eine Verschlimmerung eintrat, die Vollrente, nachdem eine Rente von 75 Proz. mit Wirkung vom 1. Mai 1914 wurde diese Rente auf 50 Proz. herabgesetzt, weil auf Grund des Gutachtens des Spezialarztes für Nervenerkrankheiten Dr. Blaczel Th. ohne Stod gehen kann, für die geklagten Beschwerden (Schmerzen in Fingern und Zehen) findet sich gar kein Anhalt, daher erscheint ihre Stärke sehr übertrieben, die ganze feilische Verfassung des Verletzten spricht nicht dafür, daß er dauernd von Schmerzen behelligt wird. Das Oberberufungsamt Groh-Berlin verurteilte die Genossenschaft zur Zahlung einer Rente von 60 Proz., wobei es das vom Berichtsarzt als einwandfrei bezeichnete Gutachten des Dr. Blaczel zur Grundlage der Entscheidung machte, jedoch mit Rücksicht auf die Schwere des Unfalls und die Höhe der nach dem Unfallsatze verfloßenen Zeit eine Herabsetzung der Rente um 25 Proz. als zu weitgehend ansah und eine solche von 15 Proz. für angemessen hielt.

Der Verletzte als auch die Berufsgenossenschaft legten gegen diese Entscheidung Rekurs beim Reichsversicherungsamt ein. Der Verletzte brachte ein Gutachten des Nervenarztes Dr. R. bei, der eine Besserung verneinte und gleichfalls 75 Proz. Erwerbsminderung annahm. Das Reichsversicherungsamt forderte darauf vom Geheim-Regiminalrat Dr. L. ein Obergutachten ein. Dieser Arzt sagt einleitend: „In keinem Punkte kann ich dem Gutachten des Herrn Dr. Bl. zustimmen, weder in bezug auf den Befund noch in bezug auf dessen Deutung, noch betreffs des Zusammenhanges zwischen Unfall und Krankheit.“ Diein seinen Standpunkt begründet dann Med.-Rat Dr. L. Leider können wir des beschränkten Raumes wegen nur einzelne Sätze wiedergeben: „Ein Mann, der als Ruitischer regelmäßig Dienst tut, erleidet durch reinen Zufall eine Kopfverletzung, nach der er lange betäubt ist und in Lebensgefahr schwelbt. Der Mann wird von einem so kritische Beurteiler wie Geh. Rat R. ausdrücklich als besonders arbeitswillig und übertriebungslos geschildert.“ Dr. Bl. gründet aber das Gutachten, daß eine weitestgehende Besserung vorliege, auch auf die Annahme, daß Th. erheblich übertritt.“ Nunmehr wird der Befund geschildert, dann heißt es weiter: „Nimmt man alles das zusammen, so ergibt sich daraus: Th. ist ein alter Mann (64 Jahre), bei dem schon wegen der Greisenheit eine Anpassung an Unfallsfolgen kaum zu erwarten ist. Er ist seit dem Unfall auch noch gebrechlicher geworden.“ 25 Proz. Erwerbsfähigkeit bei dem Verletzten gerechnet erscheine viel. Auf dieses geradezu vernichtende Gutachten äußerte sich Dr. Bl. dann nochmals — daß es in sachlicher Weise geschehen, kann man gerade nicht behaupten —: „Daß auch die übrigen Ausführungen des Geh. Med.-Rat Dr. L. in seinem satzlichen bekannten Vorkenntnissen gehalten sind, bedarf hiernach eigentlich kaum noch der Bestätigung.“

Nun ist es gewiß jedem Gutachter unbenommen, abweichende Ansichten zu äußern und die Anschauungen des Gegengutachters kritisch zu beleuchten. Daß aber der Sache gedient wird, wenn das mit der hier geäußerten, durch nichts gerechtfertigten Ueberhebung geschieht... dürfte wohl höchst zweifelhaft sein.“

Das Reichsversicherungsamt folgte dem Gutachten des Geheimen Regiminalrats Dr. L., wies den Rekurs der Genossenschaft zurück und sprach dem Kläger die bisherige 75proz. Rente wieder zu. In der Entscheidung wurde besonders hervorgehoben, daß Regiminalrat Dr. L. eine auf dem in Betracht kommenden medizinischen Gebiet anerkannte Autorität sei.

Die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation.

Die von den Gewerkschaftsleitungen veröffentlichten Jahresberichte lassen erkennen, daß eine große Anzahl Arbeiter und Arbeiterinnen den Wert einer Berufsorganisation noch nicht erkannt haben und aus unangebrachter Evasiamkeit die Zahlung von Mitgliedsbeiträgen einstellen. Wer die Fachpresse verfolgt oder die Auszüge in Arbeiterzeitungen nachliest, muß sehr bald die Ueberzeugung gewinnen, daß gerade während der Dauer des Weltkrieges die Gewerkschaften ihre Hauptaufgabe: für bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu sorgen, in reichem Maße erfüllt haben. Wir erinnern nur an die Tarifbewegungen in den verschiedensten Gewerben, an die durch die Verbände errungenen Teuerungszulagen, an die von den Gewerkschaften gewährten Unterstützungen und an die Kriegsbeschädigtenfürsorge. Gewiß sind alle wirtschaftlichen Erfolge im Zeichen der Lebensmittelteuerung nicht ausreichend. Aber wie würde es aussehen, wenn wir keine oder nur schwache Organisationen hätten, und um wie viel besser stünde es, wenn alle erwerbstätigen Personen ihren zuständigen Gewerkschaftsorganisationen angehörten.

Diese Fragen beantwortet uns die neueste Nummer der „Sattler- und Portefeulien-Zeitung“, indem sie in einer Reihe von Gewerbegerichts- und Schlichtungskommissions-Urteilen, auf den Reichstafel für das Lederarüstungsgewerbe stehend, den Nachweis über die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisationszugehörigkeit führt. So wird festgestellt, daß durch die am 30. Juni zum Ablauf gebrachte Setzung für eine Teuerungszulage in der Lederwarenindustrie rund 5000 Arbeiter, meistens Arbeiterinnen, 16 000 M. pro Woche an Lohnzulage gesichert wurde. Ein darüber hinausgehender Erfolg ist, daß die Fabrikanten sich verpflichtet haben, nur solche Heimarbeiter und Zwischenmeister zu beschäftigen, die ihren Hilfskräften den Tariflohn nebst Teuerungszulage zahlen. Damit kommen Tausende von Arbeiterinnen in den Genuß der tariflichen Vereinbarungen, die bisher davon ausgeschlossen waren.

Aus einem Urteil des Gewerbegerichts Potsdam geht hervor, daß 35 Heimarbeiterinnen (mit zwei Ausnahmen waren die Klägerinnen Kriegerfrauen) insgesamt 1158,80 M. weniger Lohn bekommen haben, als der Reichstafel vorschreibt. Das Gewerbegericht verurteilte den Heeresausrüstungsfabrikanten zur Zahlung der Differenz, die in einzelnen Fällen zwischen 10 M. und 63 M. schwankte. Zurzeit schwebt noch eine Klage gegen denselben Fabrikanten, die ebenfalls von geschädigten Kriegerfrauen anhängig gemacht worden ist.

In Seefeld bei Spandau hat der Heeresausrüstungsfabrikant Schmidt 25 Arbeiterinnen insgesamt 15 704 M. weniger an Lohn gezahlt, als der Tarif vorschreibt. Trotzdem hier die Entscheidung der Schlichtungskommission noch nicht vorliegt, so ist nach der bisherigen Rechtsprechung den Arbeiterinnen das Geld sicher. Die Klagesummen im einzelnen geben bis zu 997 M. für die einzelne Arbeiterin.

Die Nürnberger Schlichtungskommission verurteilte den Bamberger Sattlerwarenfabrikanten J. M. Pankner zur

ganz anders hätte er aussehen müssen, wenn er statt von Theorien und Parteischablonen vom praktischen Nutzen des Deutschen Reiches geschaffen worden wäre. Heute, wo einzig und allein die Erhaltung der nationalen Existenz für unsere wirtschaftliche Gesehgebung maßgebend ist, erkennen wir erst deutlich, was uns an wirtschaftlichen Bedürfnissen fehlt, weil man bei Aufstellung des Politaris veräußert hat, rechtzeitig durch weisen Volksschuh der deutschen Landwirtschaft die Möglichkeit zu verleihen, alle Bedürfnisse der deutschen Bevölkerung zu liefern. Wenn uns heute Öl, Leinen, Wolle und andere Bedürfnisse fehlen, so ist einzig und allein die Politarisgesetzgebung daran schuld, die viel zu viel Rücksicht auf die Einfuhr des Auslandes nahm und deshalb die Bildung eigener Kultur in Deutschland verhinderte oder vernachlässigte.

In Wirklichkeit ist es natürlich völlig unmöglich, sämtliche Nahrungsmittel und Rohstoffe in Deutschland in ausreichendem Maße zu erzeugen. Die „Selbstgenügsamkeit“, von der die Schutzöllner schwärmen, ist bei dem Umfang und der Vielartigkeit der Bedürfnisse eine Utopie. Auch die „Kreuzzeitung“ wird nicht im Ernst annehmen, daß die Nachfrage nach Baumwolle überhaupt verschwinden wird, und daß die deutsche Bevölkerung künftighin sich nur noch in Leinen und Wolle kleiden werde. Aber selbst der Bedarf an Brotgetreide, Futtermitteln, Fleisch und Fettstoffen ist so groß, daß ihn die deutsche Landwirtschaft nie vollständig decken können. Schließlich kann es nicht Aufgabe der Wirtschaftspolitik sein, nur für einen kommenden Krieg Vorräte zu treffen und dabei die Interessen der Konsumenten in Friedenszeiten vollkommen zu vernachlässigen. Wir teilen vielmehr die Auffassung Brentanos, der umgekehrt auf die Bedeutung einer aggressiven Wirtschaftspolitik unter den Kriegsurursachen hinwies.

Beginn der Erörterung über die Friedensziele.

Der deutsche nationale Ausschuh zur Herbeiführung eines ehrenvollen Friedens kündigt an, daß er am 1. August seine Tätigkeit in großem Stille beginnen wird. Um sich einzuführen, hat er vorher einen Aufruf an die Öffentlichkeit erlassen, der in den nächsten Tagen ausgegeben wird. Er lautet:

Der deutsche nationale Ausschuh will ohne Unterschied unabhängige, den verschiedenen Parteirichtungen angehörende vaterländisch gesinnte Männer vereinigen, die auf dem Standpunkt stehen, daß keine Angstlichkeit die künftige Sicherheit des Reiches hemmen, aber auch keine eitle Begehrlichkeit die Sicherheit schon jetzt für die Zukunft gefährden darf. Dies kann nur erreicht werden durch einen Frieden, der sich gleich entschieden entfernt hält von den Kampfslogik der Friedensmänner um jeden Preis, wie von den Unerfährlichkeiten, die in den Kundmachungen des „Aldendeutschen Verbandes“ zutage getreten sind. Für diesen Frieden hat der Reichstafel im März 1916 in der Rede, zu der ihn Generalfeldmarschall v. Hindenburg beglückwünschte, die Parole ausgegeben: Vortragung der Grenzen im Osten, reale Garantie im Westen, ohne beide kein Frieden und kein Aufgeben der besetzten Gebiete.

Aufgabe des deutschen nationalen Ausschuhes mußte es nun sein, mit Gleichgesinnten eine einheitliche Stimmung als Grundlage zu einem deutschen Frieden anzubahnen und mit ihnen den näheren Inhalt „realer Garantien“ besonders in der näheren Festlegung der Grenzen bestimmen zu helfen. Dies kann nur dadurch erfolgen, daß der deutsche nationale Ausschuh seinen Mitgliedern und Gesinnungsgenossen alles einschlägige Material unparteiisch unterbreitet, mit ihnen lernt und forscht, um so unbeeinträchtigt von billigen Schlagworten der deutschen Zukunft den Boden zu bereiten. Dabei würde seine Absicht sein müssen, auf die Freigabe der Friedensdiskussion, zu der sich die Regierung leider immer noch nicht verstehen wollte, zu bringen, und zwar in einem Umfange, welche die Sicherheit der besetzten Festung Deutschland nicht gefährdet. Inzwischen gilt es, den Extremen auf beiden Flügeln entgegenzutreten, die jetzt schon den leitenden Staatsmännern Luft zum faulen Frieden oder Annelionswahnwitz vorwerfen, wo doch das, was werden soll, noch in keiner Form feststeht. Gerade angesichts der offenen und geheimen Hysterie muß jeder Urteilsfähige den Zusammenschluß der Uneigennütigen und Unvoreingenommenen mit allen Kräften betreiben, weil die letzten Wochen einen Vorgeschmack von dem gegeben haben, welche verheerenden Folgen die Agitation der Extremen auf beiden Flügeln während und nach dem Frieden anrichten würde.“

Unterschieden ist der Aufruf: Fürst Bedel, Geheimrat Garnad, Geheimrat Kommerzienrat Arnhold, v. Schwabach, Prof. Fleischmann-Königsberg, Postkammer a. D. v. Stumm, Kommerzienrat Frey Richter, Oberbürgermeister v. Bruchhäuser-Trier, Mag. Wilhelm-Möln, Louis Köhling, Hermann Köhling, August Thiesen, Regierungspräsident a. D. v. Gieseler, Prälat Mausbach, Geheimrat Kommerzienrat Krämer, Landeshauptmann von der Wense, Minister a. D. v. Brandorfer, Geheimrat Kommerzienrat Proffen, Geheimrat Niedemann, Generaldirektor des Norddeutschen Lloyd Heineken und Prof. Wiedemann-Halle a. d. Saale.

Rachdem so der Nationalausschuh die Erörterung der Friedensziele begonnen hat, halten wir es für selbstverständlich, daß auch den beiden angegriffenen „Extremen“ die Möglichkeit der Abwehr gegeben sein muß. Der Nationalausschuh fordert zwar nur die Freigabe der Friedensdiskussion in einem Umfange, der die Sicherheit Deutschlands nicht gefährdet, d. h. er wünscht nur die Freigabe der Diskussion, soweit seine eigenen Auffassungen in Frage kommen. Da sich aber der Nationalausschuh ausdrücklich die Aufgabe gestellt hat, gegen die „extremen“ Richtungen zu polemisieren, so beanspruchen wir selbstverständlich das Recht, diese Angriffe zurückzuweisen und unseren eigenen Standpunkt ohne Entstellungen durch den Nationalausschuh klarzulegen.

Das Kriegsziel der sächsischen Konservativen.

Wie mehrere bürgerliche Blätter mitteilen, schreibt „Das Vaterland“, das Organ der konservativen Partei im königreiche Sachsen, im Anschluß an die Erklärungen des Geheimen Hofrats Professor Brandenburg: „Diese Erklärung des nationalliberalen Führers deutet sich vollständig mit dem Beschluß, den bereits am 15. Oktober 1915 der überaus zahlreich besuchte Vertretertag der sächsischen Konservativen in Dresden gefaßt hat und der unter den damaligen Verhältnissen nicht veröffentlicht, sondern nur der sächsischen Staatsregierung zur Kenntnisnahme und Vertretung überreicht werden konnte. Die wesentlichsten Stellen dieses konservativen Beschlusses lauten:

„Im stolzen Bewußtsein der freudig gebrachten Niesenopfer des ganzen deutschen Volkes werden wir nach einem mit Gottes Hilfe errungenen endgültigen Siege bei einem zukünftigen Friedensschluß mit aller Entschiedenheit uns dafür einsehen, daß der Friede nur unter solchen Bedingungen geschlossen werde, die diesen Opfern tatsächlich auch entsprechen. Der

dem deutschen Volk innemohnende Gerechtigkeitsfinn bewahrt uns von vornherein vor ungerechter Ueberhebung über unsere Nachbarvölker. Wir dürfen uns durch nichts von der zwingenden Forderung abhalten lassen, daß gegen die Wiederkehr gleich frevelhafter Ueberfälle und Raubzüge unserer Feinde unerlässliche Gewalt zu geboten und dem deutschen Volk zur vollen Entfaltung seiner unüberwindlich auf größere Betätigung hindrängenden Wirtschaftskräfte alle erforderlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Soweit beides nicht ohne die Zuzugung fremder Ländergebiete möglich ist, kann und darf uns nichts hindern, solche zu beanspruchen, zumal Feinden gegenüber, die mit dem offen verkündeten Ziel, das deutsche Volk und sein Wirtschaftsleben zu vernichten, seit Jahren den Ueberfall auf uns vorbereitet haben. Auf diesen Standpunkt wird sich die konservative Partei Sachsens beim Friedensschluß stellen und damit zweifellos die Gefühle und Wünsche des ganzen Sachsenvolkes treffen.“ (2)

Gegen England.

Am 14. Juli hat in München eine große Versammlung stattgefunden, die über das oben angegebene Thema verhandelte. Der Geist des Referates, das der Landtagsabgeordnete Dr. Schlittenbauer hielt, spiegelt sich wider in zwei Telegrammen, die an den Kaiser und den König von Bayern gesandt wurden. Das Telegramm an den Kaiser hatte folgenden Wortlaut:

„Tausende Münchener Bürger, zusammengerufen durch führende Männer aus allen bürgerlichen Parteien, bekennen sich nach Anhörung eines Vortrages des Landtagsabgeordneten Dr. Schlittenbauer, des Vertreters von 160 000 bayerischen Bauern, trotz der Opfer an Gut und Blut zu dem unerschütterlichen Willen zum Durchhalten bis zum endgültigen Siege. Dieser wird erfodert sein, wenn England, die Seele des Widerstandes und Kampfes gegen uns, durch rücksichtslose Anwendung aller uns gegen seine militärische und wirtschaftliche Kraft zu Gebote stehenden Kriegsmittel niedergezungen ist.“

Das Telegramm an den König von Bayern lautet: „Tausende Münchener Bürger, die auf Einladung von führenden Männern aus allen bürgerlichen Parteien dem Vortrag des Abgeordneten Dr. Schlittenbauer beiwohnten, geloben Eurer Majestät in Treue huldigen weiteres Durchhalten bis zum endgültigen Siege, der nur durch rücksichtslose Anwendung aller Machtmittel gegen unseren gefährlichsten Gegner, die Seele dieses Krieges, England, in nicht zu ferner Zeit erfodert werden kann.“

Das Verlangen nach Teuerungszulagen.

Die „Soziale Arbeitsgemeinschaft der unteren Beamten“ hat an den Reichstafel eine Eingabe gerichtet, in der es heißt: „Was sich in den letzten Tagen auf dem Markt ereignet hat, liegt so völlig außerhalb aller wirtschaftlichen Erfahrungen, daß die daraus entstehenden Folgen kaum abzusehen sind. Der Reichstafel wird daher gebeten: 1. allen unteren Beamten, die unversehrt oder kinderlos verheiratet sind, monatlich 10 M. (seitler unversichert), 2. allen verheirateten unteren Beamten mit drei oder weniger Kindern monatlich 20 M. (seitler 12 M.), 3. allen verheirateten unteren Beamten mit mehr als drei Kindern monatlich 25 M. (seitler bei vier Kindern 16 M. und 4 M. für jedes weitere Kind) als Teuerungszulage für die Dauer der Kriegsteuerung zu gewähren.“

Die Berechtigung dieser Forderungen ist nicht zu bestreiten.

Der neue Oberpräsident für Ostpreußen.

Vor einigen Wochen wurde berichtet, daß voraussichtlich der Präsident des Kriegsernährungsamts v. Watocki von seinem Amt als Oberpräsident der Provinz Ostpreußen zurücktreten werde, um sich ausschließlich den Aufgaben seiner Reichsstelle widmen zu können. Jetzt wird diese Nachricht halbamtlich bestätigt und auch mitgeteilt, daß als Nachfolger Watockis der Landeshauptmann v. Berg in Königsberg in Aussicht genommen ist.

Für die Abschaffung der Militärjustiz in der Schweiz.

Winnen wenigen Monaten hat die schweizerische sozialdemokratische Partei für ihr Initiativbegehren betreffend die Abschaffung der Militärjustiz 100 000 Unterschriften gesammelt, während deren nur 50 000 erforderlich sind. Die Initiative mußte also zur Volksabstimmung gebracht werden, was in etwa einem Jahr geschehen dürfte. Der Bundesrat und die freisinnige Mehrheit der Bundesversammlung werden sie ablehnen, in der Volksabstimmung wird sie vielleicht angenommen werden.

Das tägliche Brot.

Nahrungsmittelfragen im deutschen Städtetag.

Die Vorstandssitzung des Deutschen Städtetages im Berliner Rathaus hat sich neben zahlreichen anderen Verhandlungsgegenständen, besonders Fragen der Familienunterstützung und der Realcreditbeschwerigkeiten, mit Nahrungsmittelfragen beschäftigt. In diesem ganzen, für die städtische Bevölkerung sehr wichtigen Gebiet wurde eine vollständige Uebereinstimmung der Auffassungen aller Mitglieder festgestellt. Nachdrücklich gefordert wurde die baldige Einführung der Reichs-Fleischregelung, und zwar so, daß die jetzt noch bestehenden Ungleichmäßigkeiten und Beschaffungsbeschwerigkeiten beseitigt werden. Hinsichtlich der bevorstehenden Fettregelung wurde gefordert, daß im unmittelbaren Anschluß an sie auch die Milchversorgung sichergestellt werden müsse. Bei der Erörterung der Kartoffelfrage fiel das Hauptgewicht auf den für die Städte so wichtigen Punkt der vom Verbraucher im Kleinhandel zu zahlenden Preise und auf die Qualitätsfrage. Nach der letzteren Richtung wurde betont, daß es außerordentlicher Anstrengungen bedürfen wird, um auf der Grundlage des nunmehr gefaßt beschlossenen Systems die Lieferung stets guter Speisefertstoffe für die Städte zu gewährleisten. Weiter wurden die Eierversorgung, die Gemüseversorgung, die gemahlte Verwendung der Küchenabfälle zur Herstellung von Futter und die Frage einer Bestandserhebung in den Haushaltungen eingehend erörtert. Zu mehreren ganz dringenden Punkten wurden drahlliche Eingaben noch während der Sitzung abgesandt. (W. L. B.)

Beschlagnahme des erlegten Wildes.

In Braunschweig ist das erlegte Wild von dem Verfügungsberechtigten gegen Wegzahlung des festgesetzten Pächstpreises an denjenigen Kreisamtsverband zu liefern, in dessen Bezirk es erlegt ist. In sämtliche Verträge über Lieferung von Wild tritt der Kreisamtsverband ein, in dessen Bezirk der zur Lieferung Verpflichtete seinen Wohnsitz oder seine gewerbliche Niederlassung hat. In der wegen der Verbraucherverordnung an die Kreisamtsverbandsverbände ergangenen vorläufigen Anweisung ist bestimmt, daß das Wildfleisch in erster Linie den Krankenheusern, Lazaretten und ähnlichen Anstalten und der ärmeren Bevölkerung zuzuwenden und daß ein Teil des Wildes aus dem benachbarten Kommunalverbänden an die Stadt Braunschweig abzugeben ist.

Rachzahlung von 17 605 M. zu wenig gezahlten Lohnes auf Leibriemen, Mantelriemen, Hochgeschirriemen, Tornister und dergleichen Artikel. Eine andere Firma in Nürnberg mußte 697 M. nachzahlen, weil sie Patronentaschen um 2-5 Pf. pro Stück weniger in Lohn anfertigen ließ.

In der Stellmehrfabrik Ahrendt-Hamburg haben 60 Sattler in 49 Wochen rund 20 000 M. zu wenig Lohn erhalten. Die Schlichtungskommission mußte sich in sechs Sitzungen mit dieser Angelegenheit beschäftigen, weil der Fabrikant behauptete, die Preisverwaltung habe ihm gestattet, seinen Betrieb außerhalb der Tarifvereinbarung zu stellen. Nachdem die Unrichtigkeit dieser Behauptung amtlich bestätigt wurde, kam ein Vergleich zustande, wonach die Arbeiter obengenannten Betrag erhielten.

Die Bleichfabrik E. Klauenberg in Braunschweig glaubte, in der Kriegszeit den am 1. April abgelaufenen Tarifvertrag nicht erneuern zu brauchen. Sie mußte sich aber doch auf Drängen der Organisation dazu verstehen und die Stundenlöhne um durchschnittlich 6 1/2 Pf. erhöhen.

In den Preßwerken in Chemnitz wurde ebenfalls eine Feuerzulagebewegung erfolgreich durchgeführt. Es erhalten die dort Beschäftigten eine Zulage von 10 Proz. für Ueberstunden 25 Proz. für Sonntagsarbeit 50 Proz. Vergütung.

Auch an der Tarifbewegung in den Johannisthaler Flugzeugbetrieben ist der Verband der Sattler und Portefeuliker beteiligt. Sattler erhalten 85 Pf. Mindestlohn bei der Einstellung und nach sechstägiger Beschäftigung 90 Pf. Arbeiterinnen bis zu 18 Jahren haben Anspruch auf einen Mindestlohn von 40 Pf., über 18 Jahre alte Arbeiterinnen auf 45 Pf. pro Stunde. Außerdem erhalten Haushaltungsvorstände für die Dauer der Feuerung 22 Pf. Feuerzulage pro Stunde, alle Unverheirateten über 19 Jahre 16 Pf. die Stunde. Die Arbeitszeit wurde auf 51 Stunden die Woche vereinbart.

Dah noch mehr für die Arbeiterschaft erreicht werden könnte, läßt die „Sattler- und Portefeuliker-Zeitung“ erkennen, indem sie schreibt:

Die lädenlose Durchführung des Reichstaris im Leder- und Schuhgewerbe läßt auch noch viel zu wünschen übrig. Die Berichte über die Verhandlung der örtlichen Schlichtungskommissionen geben nur einen Auschnitt des Bildes über Tarifverträge wieder. Fast kein Tag vergeht, an dem nicht tarifwidrige Lohnzahlungen gemeldet werden, die größtenteils nach Rücksprache von Verbandsvertretern mit den Unternehmern beigelegt werden. Weit über 100 000 M. sind auf diese Weise den Arbeitern, hauptsächlich den Arbeiterinnen, eingeholt worden. Diese Summe würde das Mehrfache übersteigen, wenn alle auf Leder- und Schuhstücke Beschäftigte ihre tariflichen Ansprüche rechtzeitig geltend machten und nicht damit warteten, bis sie aus irgendeinem Grunde die Arbeitsstelle verlassen haben.

Die Gewerkschaftspresse ist in der Lage, fast in jeder Nummer mit ähnlichen Beispielen aufzuwarten. Wir begnügen uns für heute mit der Anführung nur eines Gewerkschaftsblattes, um erneut den Nachweis zu führen, wie dringend notwendig eine einheitliche Berufsorganisation für die Arbeiter und Arbeiterinnen ist.

Aus Groß-Berlin.

In die preussische Landeskommission hat der Zentralvorstand des Sozialdemokratischen Bezirksverbandes für Groß-Berlin in seiner letzten Sitzung den Genossen Emil Eichhorn an Stelle des Genossen Richard Fischer delegiert. Der geschäftsführende Ausschuss.

Die Lungenheilstätte am Grabowsee.

Uns wird geschrieben: Umweil der Provinzstadt Oranienburg — zirka eine Stunde Wegs — liegt am Grabowsee, völlig in Wald eingebettet, die Lungenheilstätte vom Roten Kreuz. Nach hier werden die Kranken der Landesversicherungsanstalt Brandenburg und Mecklenburg zur Kur überwiesen. Jetzt, während der Kriegszeit, belegt auch die Militärverwaltung einen Teil der Anstalt mit lungenkranken Soldaten. Jeder, der dort Aufnahme findet, kommt hoffnungsfreudig. Winkt ihm doch die Aussicht, in absehbarer Zeit seine Gesundheit wiederzuerlangen. Viele haben dieses Glück; andere wieder gehen enttäuscht heim, da ihre Krankheit leider schon zu weit fortgeschritten war. Das ist ja gerade das Furchtbare an dieser Krankheit, daß sie oft erst zu spät erkannt wird. Und eine neue Lunge kann niemand einpflanzen.

Als Grundlag für die Kur Lungenkranke gilt allgemein: Gute Luft, Ruhe, gutes Essen, Sauberkeit und Regelmäßigkeit. Demgemäß ist die Kur in der Lungenheilstätte am Grabowsee gedacht. Die Zeiteinteilung ist eine derartige, daß dem Kranken die Tage im wahren Sinne des Wortes versiegen. Um 7 Uhr muß jeder — außer den Bettpatienten — das Bett verlassen haben. Um 8 Uhr wird dann das erste Frühstück, wie alle anderen Mahlzeiten, gemeinsam eingenommen. Dann geht es sofort zur Dusche oder Abreibung (je nach Verordnung). Bis um 10 Uhr können sich dann die Patienten im Park oder im umliegenden Wald ergehen. Dann wird das zweite Frühstück gereicht, und von 10 bis 12 Uhr ist die Freiliegelur wahrzunehmen. Diejenigen Patienten, die die Kur schon längere Zeit betreiben und kräftig genug sind, müssen während dieser Zeit keine Gartenarbeiten verrichten. Das Mittagessen wird um 1 Uhr eingenommen, woran sich dann bis 2 Uhr ein Spaziergang schließt, dem wieder von 2 bis 4 Uhr die Freiliegelur folgt. Um 4 Uhr gibt es den Nachmittagskaffee, dann wieder einen Spaziergang und von 5 bis 7 Uhr Freiliegelur. Abendessen ist um 7 Uhr. Spätnach dürfen die Patienten bis 10 Uhr im Park verweilen. Um 10 Uhr geht es ins Bett. Diese Zeiten werden fast auf die Minute innegehalten. Die Ernährung ist, wie ja nicht anders möglich, auf die jetzige Zeit, die Kriegszeit, eingestellt. Allerdings ließe sich auch in der jetzigen Zeit in bezug auf die Ernährung so manches anders gestalten. Es ist nicht richtig, so knapp zu kochen, daß ein zweitesmal nicht mehr gereicht werden kann und die Patienten den Tisch ungesättigt verlassen müssen. Das ist aber leider schon öfter vorgekommen. Ebenso ist es mit dem Abendessen am Sonntag. An diesem Tage hat man anscheinend nicht soviel Personal zur Hand, um, wie es in der Woche geschieht, eine Suppe zu reichen, damit die unzureichende Portion ausgeglichen wird. Der Sonntag ist bei den Patienten gefürchtet, da sie stets vom Abendrotzittlich hungrig aufstehen müssen. Beschwerden über unzureichendes Essen haben bisher immer den Erfolg gehabt, daß die Beschwerdeführer entlassen wurden. Ob man glaubt, damit Abhilfe geschaffen zu haben? Aber nicht nur gegen das Essen ist Einwand zu erheben, sondern auch die Sauberkeit läßt manches zu wünschen übrig. Es kommt öfter vor, daß Staub und Flöden Tage lang unter den Betten und auf den Räbeln liegen. Auch ist es nicht appetitlich und vom hygienischen Standpunkt nicht einwandfrei, wenn am Morgen und Nachmittag die Stubben auf das drei Tage liegende Tischschub ohne Keller gelegt werden. Einmal ist das deswegen hygienisch nicht einwandfrei, weil die Plätze gewechselt werden, wenn jemand in eine andere Station verlegt wird, und zum zweiten deshalb, weil während des Aufwischens des Fußbodens die Stühle auf das Tischschub gelegt werden. Ueber den Ton, den der leitende Arzt den

Patienten gegenüber anschlägt, ist ebenfalls zu klagen. Er hält es für richtig, die Patienten mit „Ihr und Euch“ anzureden.

Wenn man von den vorstehend geschilderten Unstimmigkeiten, die sich ja bei gutem Willen beheben lassen, absehen, kann man die Kurmethode als recht zweckentsprechend ansehen. Neben guter Luft müssen verhältnismäßig gute Ernährung und ausgiebige Behandlung mit Wasser zu guten Resultaten führen. Im Sommer kommt noch das Luftbad hinzu. Hier werden im Adamskostüm Freiübungen gemacht, die gute Wirkungen auf die Kranken ausüben sollen. Allerdings werden die erzielten Erfolge vielfach nur von kurzer Dauer sein, da ja die Patienten wieder in die früheren Verhältnisse zurück müssen, die ihre Krankheit verschuldet haben. Erst wieder zu Hause, entbehren die Patienten in den meisten Fällen die frische Luft und gute Ernährung. Deshalb wäre es nötig, den aus der Lungenheilstätte als „gebeffert“ Entlassenen eine ihrem Zustande zuzugende Beschäftigung nachzuweisen, die allerdings so bezahlt werden müßte, daß sie sich auch gut ernähren können. Hier hätte der Staat eingzugreifen. Allerdings wissen wir Sozialdemokraten ja, daß der Verbreitung der Lungenkrankheit wirksam nur dadurch entgegengetreten werden kann, wenn man den Arbeiter so stellt, daß ihm genügend Zeit zur Erholung, eine wirklich gute Ernährung und eine menschenwürdige Wohnung gewährleistet wird. In dem kapitalistischen Staat ist das natürlich nicht zu erreichen, dazu bedarf es einer grundlegenden Umgestaltung, der Erreichung der sozialistischen Gesellschaft.

Abgabezwang für Bäckerien.

Der Magistrat teilt mit: Es sind vielfach Klagen darüber laut geworden, daß die Bäcker Brot nicht in der gewünschten Weise abgeben haben, daß sie sich vor allem weigern, Roggenbrot anders als in ganzen 1900- bzw. 1000-Gramm-Porten zu verkaufen. Auch die Weigerung, Schrippen abzugeben, ist vorgekommen. Wir haben uns deshalb genötigt gesehen, durch die heute erscheinende Verordnung einen Abgabezwang einzuführen, der sowohl für Roggen- als auch für Weizenbrot gilt. Bei Roggenbrot haben wir, um zu vermeiden, daß angefeuchtete Stücke liegen bleiben, den Abgabezwang für Teile von Broten auf Stücke von 250 Gramm oder einem Vielfachen davon, also 500, 750, 1000 Gramm usw. beschränkt; was etwa vom Brote nach Wegnahme dieser Stücke dennoch übrig bleiben sollte, wird sich mit Leichtigkeit verwerten lassen.

Zum Ladenschluß im Friseurgewerbe.

In der letzten Quartalsversammlung der Barbier-, Friseur- und Perückenmacherinnung zu Anfang dieses Monats, hat der Obermeister Leopold berichtet, daß das Oberkommando beabsichtigt, den Ladenschluß an Wochentagen um 8 Uhr abends und an Sonntagen um 1 Uhr mittags einzutreten zu lassen. Zunächst werde eine Umfrage bei den Geschäftsinhabern hierüber vorgenommen. Die Innungsversammlung erklärte sich — dem in einem Teil der Tagespresse veröffentlichten Versammlungsbericht zufolge — mit einer solchen Maßnahme einverstanden.

Damit würden natürlich auch die Gehilfen einverstanden sein, vorausgesetzt, daß ihnen dadurch nicht der freie Wochenachmittag entzogen wird, auf den sie bei länger als drei Stunden dauernder Sonntagsarbeit Anspruch haben. Um dem vorzubeugen, hat sich die Gehilfenorganisation in Verbindung mit dem seit 1884 bestehenden Fachverein mit einer Eingabe an das Oberkommando gewandt.

In dieser Eingabe wird dargestellt, wie alle Verbesserungen, welche die Sonntagsruhebestimmungen im Friseurgewerbe seit 1895 erfahren haben, durch früheren Sonntagsladenschluß und Betriebsruhe an den drei zweiten Feiertagen, an Berlin spürlos vorübergegangen sind. Eine einfache Bestimmung, daß die Arbeiter an Sonntagen anstatt bis 2 Uhr nachmittags, nur bis 12 oder 1 Uhr beschäftigt werden dürfen, würde die Geschäftsinhaber veranlassen, gemäß § 41b G.O. einen früheren Ladenschluß an Sonntagen dauernd herbeizuführen. Schwieriger sei dagegen die Verletzung des Ladenschlusses an Wochentagen. Selbst wenn die drei Innungen und die freie Vereinigung in Berlin samt allen ihren Schwesterinnungen und -vereinigungen in Groß-Berlin die Absicht hätten, den Ladenschluß herbeizuführen, sei dies auf gesellschaftlicher Grundlage nicht möglich, weil die Gewerbeordnung hierzu keine Handhabe biete.

Wenn jetzt die Innungsmeister mit der Einführung eines früheren Ladenschlusses für den Rest der Kriegsdauer einverstanden sind, so erklärt sich ihre veränderte Haltung aus dem gegenwärtigen Mangel an Gehilfen, der manchen Meister zwingt, sein Geschäft allein zu versehen. Doch auch die größere Anspannung der beschäftigten Gehilfen und Wehlinge rechtfertigt einen früheren Ladenschluß, der an Sonntagen zumal ohne weiteres möglich ist und, wie erwähnt, dauernd eingeführt werden kann. Schon jetzt werden in einigen Stadtteilen die Friseurgeschäfte des Sonntags um 1 Uhr geschlossen, teilweise auch wochentags um 8 Uhr abends, außer Sonnabends. Und ebensojot wie seit Jahren der Neunherschluß an Wochentagen ohne gesetzliche Grundlage erfolgte, könnte sich auch der Achtuherschluß einleiten, wenn er erst einmal vorläufig eingeführt ist.

Schließlich wird in der Eingabe gewünscht, die etwaigen Bestimmungen für Groß-Berlin zu treffen und die Ersparniszeit der Gehilfen unberührt zu lassen, da diese dort, wo es unbedingt notwendig war, wie in den von Kriegerfrauen weitergeführten Betrieben, bereits während der ganzen Kriegszeit auf den freien Nachmittags berechtigt haben.

Handelt es sich also bestenfalls hier nur um Verbesserungen während der weiteren Kriegszeit, so ist immerhin möglich, daß diese dauernd erhalten bleiben.

Arbeiterbildungsschule. An den heute Donnerstagabend 8 1/2 Uhr, im Hörsaale der Schule stattfindenden Einzelvortrag sei nochmals erinnert. Genosse Eduard Bernstein wird über das Thema: „Der 14. Juli 1789 und 1889“ sprechen. Eintrittspreis 10 Pfennig.

Die neue Blindenanstalt.

Der Neubau der Blindenbeschäftigungsanstalt in der Dranienstraße ist gestern von Vertretern der Gemeindebehörden abgenommen worden. Die Bauanlage besteht aus einem vierstöckigen Hofgebäude, in welchem sich Korz- und Stuhlherstellereien, Wesen- und Bürstenfabrikationen und dergleichen befinden. Bemerkenswert hierbei ist, daß bei der Wästenfabrikation die Erwärmung des Reches in der Bäckerei auf elektrischem Wege erfolgt, um die Blinden nicht mit offenen Flammen in Verbindung zu bringen. Außerdem sind besondere Abzugapparate für die Pechdämpfe vorgegeben, die hierdurch nicht in den Arbeitsraum treten, sondern unter den Arbeitstischen hinweg auf elektromotorischem Wege abgezogen und über Dach geführt werden. Ferner sind Speiseräume für die Blinden, welche die Anstalten über Mittag nicht verlassen, hergerichtet worden. Außer dem Hofgebäude ist auch das Vorderhaus in der Dranienstraße umgebaut worden, und zwar für erweiterte Lager- und Verkaufsräume, außerdem für Zwecke mehrerer Dienstwohnungen.

Auf dem gleichen Grundstück ist für die anschließende Blindenschule in der Rannysstraße eine neue Turnhalle für die Blinden errichtet worden.

Der Mord in Liebenberg.

Der Leichensund auf dem Rittergute Liebenberg bei Herzfelde (Kreis Niederbarnim), über den wir berichteten, hat nunmehr völlige Aufklärung erfahren. Die Annahme, daß es sich um ein

Verbrechen handelt, hat sich bestätigt. Dienstag meinte eine Gerichtskommission aus Kollberge an Ort und Stelle, um genaue Feststellungen vorzunehmen. Die Leiche, die bisher unverändert am Fundorte belassen worden war, wurde sorgfältig ausgegraben. Obwohl das Gesicht vollkommen verwest war, konnte doch aus den übereinstimmenden Aussagen von Angehörigen des Gutes festgestellt werden, daß der Tote der zwanzigjährige russische Schmitzer Adam Tassarz ist, der auf dem Gute beschäftigt und eines Tages plötzlich verschwunden war. Die ärztliche Untersuchung und die Obduktion der Leiche, die durch die zuständige Gerichtsärzte erfolgte, ergab mit Sicherheit als Todesursache eine Schädelzertrümmerung. Die Schädeldecke war mehrfach gespalten und Knochen splitter waren tief in das Gehirn eingedrungen. Als Räuber kommt der russische Arbeiter Rusjol in Frage, der mit Tassarz zusammen auf dem Gute beschäftigt und mit T. am 27. Juni verschwunden war. R. wurde bekanntlich bald darauf festgenommen, als er die holländische Grenze überqueren wollte, während Tassarz verschwunden blieb. Inzwischen hat eine eingehende Untersuchung des Raumes, den Rusjol und Tassarz im Schmitzerhause gemeinschaftlich bewohnten, das Vorhandensein mehrerer größerer Blutflecke und Blutspritzer ergeben, woraus zu schließen ist, daß die Tat im Schlafraum der beiden verübt worden ist. Auch einige über und über mit Blut besudelte Kleidungsstücke des Ermordeten sind nachträglich aufgefunden worden. Der Grund, der den Rusjol zu dem Verbrechen getrieben hat, ist noch immer nicht ganz aufgeklärt. Immerhin steht aber fest, daß zwischen den beiden ein Geheimnis geherrscht hat. Tassarz muß wohl den Rusjol durch seine Mitwisserschaft in der Hand gehabt haben, denn der viel kräftigere R. hat sich, wie beobachtet wurde, stets eine recht schlechte Behandlung durch seinen Landsmann gefallen lassen und auch Mißhandlungen ruhig hingenommen. Offenbar hat R. diesen gefährlichen Landsmann ermordet, um endlich Ruhe zu haben. Ob Rusjol auch mit dem vor etwa anderthalb Jahren erfolgten plötzlichen Verschwinden eines russischen Arbeiters in Verbindung zu bringen ist, steht nicht fest. Der verhaftete Rusjol befindet sich bereits auf dem Wege nach Berlin, wo er dem Untersuchungsgefängnis zugeführt werden wird.

Lohn für Umhänge aus Zeltbahnstoff.

Das Kriegs-Velldungsamt des Gardekorps teilt mit, daß an Rüstlohn für einen Umhang aus Zeltbahnstoff 2,40 Mark an den letzten Arbeiter — also an die ausführende Hand — gezahlt werden müsse. Rüstmittel gehen zu Lasten des Arbeitnehmers. Die Preise, welche die Preisverwaltung für das genannte Velldungsstück an die Auftragnehmer zahlt, sind so bemessen, daß vorstehender Lohn unbedingt gezahlt werden kann.

Todessturz eines Kindes.

Ein bedauerlicher schwerer Unglücksfall hat sich Dienstag in Neudölln ereignet. Die in der Paniersir. 20 dortselbst wohnende Frau Legien hatte gegen Abend eine wichtige Besorgung zu machen und mußte ihren vierjährigen Sohn Karl für kurze Zeit allein in der Wohnung lassen. Während der Abwesenheit der Mutter kletterte der Kleine auf einen am Stiegenfenster stehenden Stuhl, öffnete das Fenster und sah auf den Hof hinab. Dabei beugte er sich zu weit hinaus und stürzte kopfüber aus dem vierten Stockwerk in die Tiefe. Das bedauernde Kind erlitt so schwere Verletzungen, daß es auf der Stelle starb.

Ein dreifacher Erpressungsversuch.

Dienstag nachmittag erhielt eine Frau Rose aus der Wismanstraße 19 zu Neudölln einen anonymen Brief, in welchem ihr mitgeteilt wurde, daß sie vier Schinken zu liegen habe, was unter dem Belagerungszustand streng verboten sei. Wenn sie nicht angezeigt werden wolle, so sollte sie bis Dienstag abend 9 Uhr unter einem Baum auf dem Tempelhofer Feld, der näher bezeichnet wurde, 30 M. niederlegen, anderenfalls werde es ihr heute noch ans Leben gehen. Frau Rose übergab den Brief der Polizei. Diese veranlaßte sie zum Schein das Geld niederzulegen, während zwei Beamte in der Nähe warteten. Kaum hatte die Frau das kleine Zeitungspaketchen niedergelegt, als sich aus der Menge von Zuschauern beim Fußballspiel ein junger Mann löste und das Paket aufhob. Im selben Augenblick griffen die Beamten zu. Der Erpresser zog einen Revolver aus der Tasche und verurteilte sich damit zu wehren. Bevor er anlagern konnte, war er entwaffnet. Die Waffe war mit sechs scharfen Patronen geladen. Auf dem Neudöllner Polizeipräsidium erlante man in ihm einen 17 Jahre alten Fensterputzer Alfred Wohle, der in dem Hause der Frau Rose wohnte.

Schwerer Straßeneinfall.

Ein verhängnisvoller Zusammenstoß eines Kollwagens mit einem Straßenbahnzuge ereignete sich am Dienstagabend gegen 1/9 Uhr in Charlottenburg. Dort fuhr an der Ecke der Berliner und der Leibnizstraße ein Kollwagen gegen die Seitenwand des Kollwagens eines Zuges der Linie N. Die Weichsel durchstieß die Seitenkante und traf mit voller Wucht die siebenjährige Tochter des Milchhändlers Schreiß aus Charlottenburg an den Hinterkopf. Die Kleine erlitt so schwere Verletzungen, daß sie auf dem Transport nach der Unfallstation starb. Ein zweiter Fahrgast, der Geheimrequisitor Hensel, trug Rippenquetschungen, Kopf- und Handverletzungen davon. Er erhielt auf der Unfallstation die erste ärztliche Hilfe und wurde dann nach der Wohnung gebracht. Während der Kollwagen unbeschädigt blieb, wurde am Straßenbahnwagen die Hinterplattform demoliert.

Ein zweiter Straßeneinfall hat sich in der Bülowstraße zugegetragen. Vor dem Hause Nr. 40 lief der sechsjährige Gelmurt Bogoll kurz vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie III auf das Gleis und wurde umgestoßen. Der Junge erlitt einen Bruch des rechten Oberarmkells und eine Verletzung des linken Unterarmkells und fand im nahen Elisabeth-Krankenhaus Aufnahme.

Wer ist der Tote? Aus dem Spandauer Schiffahrtskanal in der Nähe der Sandkrugbrücke gelandet wurde Dienstag die Leiche eines unbekanntes Namens von etwa 25-30 Jahren. Der Tote, der den mittleren Ständen angehört zu haben scheint, ist bartlos und trug eine braungepresste Hose und Weste, schwarze wollene Strümpfe und schwarze Schnürschuhe und ein grau-rot gestreiftes Vardentunterhemd.

Dachstuhlbrand. Die Berliner Feuerwehr hatte in der Libertysstraße 56 einen größeren Dachstuhlbrand zu löschen. Der halbe Dachstuhl des modernen Wohnhauses ist mit dem Inhalt der Vordächer verbrannt zum Opfer gefallen. Die Entstehung soll auf Fahrlässigkeit beruhen.

Treptow-Sternwarte. „Das Wasser als Bildner der Erdoberfläche“ lautet das Thema des Vortrages, den Herr J e n s L ü z e n am Mittwoch, 26. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im großen Hörsaal der Treptow-Sternwarte, im Verein von Freunden der Treptow-Sternwarte an der Hand zahlreicher Lichtbilder halten wird. Nichtmitglieder zahlen die üblichen Kasseeinreise. — Sonntag, 28. Juli, 6 Uhr, Kinovortrag: „An den Ufern des Rheins.“ — Am Dienstag, 25. Juli, 7 Uhr, Lichtbildervortrag: „Bewohnbarkeit der Welten.“ Kriegsverwundete haben zu allen Vorträgen umsonst Zutritt.

Sportpark Treptow. Die am Sonntag unerledigt gebliebenen Rennen kamen Dienstagabend zum Ausklang. Der zweite und dritte Verlauf (über je 30 Kilometer) zu dem Dauerrennen um den Großen Preis von Berlin wurde von Janke, Weise, Demke, Rudkow, Lewanow und Schipke bestritten. Im zweiten Verlauf siegte Janke vor Weise (840 Meter zurück). Demke hatte Radbrest und blieb deshalb weit zurück. Der dritte Verlauf sah Schipke als Sieger vor Lewanow (1050 Meter zurück). Rudkow blieb 2250 Meter zurück. — Die Ersten aus den drei Vorläufen kommen am Sonntag, den 28. Juli, in die Entscheidung. Diese wird in zwei Vorläufen über je 30 Kilometer zu je drei Fahrern ausgetragen. Die zwei Ersten aus diesen Vorläufen bestritten dann den Endlauf.

Das Vorgabefahren über 1500 Meter gewann Ritt vom Rat aus vor Stebe und Lorenz mit 10 Meter, und Abraham mit 40 Meter Vorgabe.

In dem Brämiensfahren über 3000 Meter ging Kraemer als Erster vor Lehmer, Behrendt und Hoffmann durchs Ziel.

Das Trostfahren über vier Runden wurde von Lehmer vor Koch, Kaufolat und Wiegand gewonnen.

Aus den Gemeinden.

Zuweisung von Nahrungsmitteln für Charlottenburger Kranke.

Die Vordrucke für die ärztlichen Zeugnisse zwecks Sonderzuweisung von Nahrungsmitteln an Kranke können von den die Zeugnisse ausstellenden Ärzten bezogen werden. Die von der Zuweisung Gebrauch machen wollen, in der Lebensmittelabteilung des Magistrats Charlottenburg, Rathaus, Berliner Straße 72/73, Zimmer 80, in Empfang genommen werden.

Pankower Kriegsfürsorge für Erwerbslose der Textilindustrie.

Technisch wie Berlin und andere Vorortgemeinden beschäftigt die Gemeinde Pankow für solche Arbeiter und Angestellte der Groß-Berliner Textilindustrie eine Arbeitslosenfürsorge einzurichten, die infolge der durch den Krieg bedingten Arbeitsbeschränkungen ganz oder teilweise erwerbslos geworden und in Pankow wohnhaft sind. Die Unterhaltungsbedingungen und -sätze werden denen der Stadt Berlin entsprechen. Um schon jetzt mit den Arbeitgeberern wegen Auszahlung der Unterhaltungen in Verbindung treten zu können, fordert der Gemeindevorstand die in Frage kommenden Arbeiter und Angestellten auf, ihm unbedinglich schriftlich mitzuteilen, in welchen Betrieben sie beschäftigt sind oder waren. Auch kann die Angelegenheit in den nächsten Tagen persönlich auf Zimmer 17 im hiesigen Rathaus geregelt werden.

Berichtszeitung.

Ueberschreitung der Höchstpreise und Zurückhaltung von Fleisch.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte hatte sich Frau Anna Wünsch, die Inhaberin der Fleischhandlung L. G. Wiesel in der Wilhelmstraße 43 a, zu verantworten. Wie erinnerlich, waren bei der Firma große Mengen Fleischwaren vorgefunden worden, die sie zurückbehalten und nicht zum Verkauf gebracht hatte. Ferner wurde der Angeklagte der Verhinderung der Höchstpreise überführt zu haben. In der Verhandlung beantragte der Staatsanwalt gegen Frau Wünsch eine Geldstrafe von 10 000 Mark. Das Gericht beurteilte die Angeklagte zu 8 000 Mark Geldstrafe oder 800 Tagen Gefängnis. — Wie verlautet, wird die Angeklagte gegen das Urteil Berufung einlegen.

Milchplancherei.

Wieder handelte es sich um eine Milchplancherei bei einer Anklage, die gestern der Moskauerbesitzer Hermann Scholz vor das Schöffengericht Berlin-Mitte führte.

Bei der Polizei war eine Anzeige eingegangen, wonach der Angeklagte nach dem Melken der Kühe die Milch in seine Wohnung nehme und dort mit Brunnenwasser vermische. Die Polizei gab diese Anzeige nicht zu den Akten des Gerichts, da die Anzeigende gebeten hatte, ihren Namen nicht preiszugeben. Die Polizei ließ dann selbständig dreimal Milchproben bei dem Angeklagten entnehmen. Prof. Dr. Judenack stellte in diesen einen Wassergehalt von 20—25—30 Prozent und zwar von Brunnenwasser fest. Der Angeklagte behauptete, von der Plancherei nichts zu wissen und behauptete, daß es sich hier um einen Raubhandele. Er sei Witwer und habe alle möglichen Frauen heiraten sollen, sei aber auf diese Wünsche nicht eingegangen, sondern habe seine Wittwen geheiratet. — Der Staatsanwalt beantragte vier Monate Gefängnis, 1000 M. Geldstrafe und Veröffentlichung des Urteils, da eine solche Verleumdung der Milch in der heutigen Zeit besonders strafwürdig erscheine und wegen der im Brunnenwasser enthaltenen Bakterien eine Gefahr für die Kinderwelt vorliege. Das Gericht hielt es für notwendig, die Frage der Vorsätzlichkeit noch näher zu prüfen und beschloß deshalb, das Polizeipräsidium aufzufordern, den Namen der Anzeigenden und den Inhalt der Anzeige bekannt zu geben. Die Verhandlung wurde vertagt.

Weil sie sich zuviel abnehmen ließ!

Wegen Vergehens gegen die Bestimmungen über Höchstpreise mußte die Lehrerin Böwa aus Müritensmühle (Kreis Jüterbog) sich gestern vor dem Landgericht Potsdam verantworten.

Sie soll sich dadurch strafbar gemacht haben, daß sie Anfang März 1916 bei einem Karloffestlauf dem Lehnsgutsbesitzer Lehmann in Müritensmühle zu viel zahlte. Für zwei Zentner Karloffeln durfte er nach dem damaligen Höchstpreis 7,50 M. nehmen, er nahm aber von der Käuferin 10 M. Als ihr Ehemann diese Höchstpreisüberschreitung anzeigte, wurde nicht nur dem Verkäufer, sondern auch der Käuferin je ein Strafmandat auferlegt. Der Lehnsgutsbesitzer zahlte seine Strafe, über deren Höhe leider nichts bekannt geworden ist. Lehmann ist reich. Nebenbei bemerkt; er gehört dem Schulvorstand und dem Kirchengrat an und hat im Kriegesverein das Amt des Vorsitzenden, so daß ihm die Käuferin schwerlich eine Höchstpreisüberschreitung zugetraut haben dürfte. Die Lehrerin erhob Widerspruch gegen den für sie auf 10 M. lautenden Strafbefehl und erreichte dann nur, daß vom Schöffengericht Lindenwalde auf 6 M. Geldstrafe erkannt wurde. Auf die von ihr eingelegte Berufung hatte das Landgericht Potsdam das Urteil nachzuprüfen. Einem Antrag des Staatsanwalts folgend, schloß das Gericht die Öffentlichkeit aus. Nach Vernehmung des Gemeindevorstehers von Müritensmühle, dem die Bekanntgabe der Höchstpreisfestsetzungen obliegt, wurde durch Landgerichtsurteil die Verurteilung verworfen. Es bleibt also bei 6 M. Geldstrafe für die Käuferin, die zu viel gezahlt hatte. Aus der Urteilsbegründung, die öffentlich gegeben wurde, ging nicht hervor, ob man der Angeklagten bemerkt hätte Ueberschreitung des Höchstpreises zur Last legte. Der Vorsitzende führte aus: Die Preise werden veröffentlicht. Jeder Staatsbürger hat jetzt die Verpflichtung, sich um die Höchstpreise zu kümmern. Wenn er die überschreitet, muß er die Folgen tragen. Die Strafe ist nicht zu hoch bemessen.

Wiederholt haben wir darauf hingewiesen, daß die Verurteilung eines Käufers, der zur Ueberschreitung des Höchstpreises nicht auffordert, noch anreizt oder antizipiert, ein Vorteil für den Höchstpreisnehmer ist, da naturgemäß dadurch Strafanzüge wegen Lebensmittelwuchers oft unterbleiben. Im Reichstag wurde leider eine Klarstellung in dem von uns angebotenen Sinne abgelehnt.

Revolverschießerei.

Das Abenteuer einer Kriegerfrau, bei dem der Revolver eine böse Rolle spielte, beschloßte gestern das Schöffengericht Berlin-Weidling.

Unter der Anklage der vorsätzlichen Körperverletzung wurde Frau Anna Kayser dem Gericht aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Der Ehemann der Angeklagten steht als Landsturmmann in Ruhland. Die stark hysterische Angeklagte lebte mit einem Schlosser Pate seit November v. J. zusammen. P. soll sehr jähzornig werden, sobald er etwas über den Durs getrunken hat. Das war am 20. Juni der Fall, als er abends aus einer Schantwirtschaft nach Hause kam. Aus

geringsfügiger Veranlassung kam es mit der Angeklagten zu Meinungsverschiedenheiten, die damit endeten, daß P. sie erheblich verprügelte. Als sich P. dann im dunklen Zimmer ins Bett legte und sofort einschlieff, gräßelte die Angeklagte über das ihr zugefügte Unrecht nach. Sie will dann instinktiv einen auf einem Tischchen liegenden Revolver ihres Ehemannes ergriffen haben, und nach ihrer Behauptung soll dann plötzlich ein Schuß losgegangen sein. Dieser traf den P. in die Stirn. Als P. infolge des gesägten Schusses gegen den Kopf munter wurde, ließ die Angeklagte zu einem Arzt, während der Angeklagte sich nach der Unfallstation begab. Die Wunde ist ihm aus der Stirn herausgenommen worden. Nach einigen Tagen war er wieder arbeitsfähig. Da die Angeklagte bei ihrer ersten Vernehmung erklärt hatte, daß sie dem P. „einen Denksettel“ habe erteilen wollen, hielt der Staatsanwalt eine vorsätzliche Körperverletzung für vorliegend und beantragte ein Jahr Gefängnis. Das Schöffengericht beurteilte die Angeklagte zu drei Monaten Gefängnis, wobei es die vorhergehende schwere Mißhandlung durch den P. berücksichtigte.

Aus aller Welt.

Ein Schildbürgerstreich.

In Mülhausen i. E. wurden am 8. Mai d. J. durch den Bürgermeister 2500 Kilo Schokoladenwaren beschlagnahmt. Eine Beschwerde gegen die Beschlagnahme wurde abgelehnt mit der Begründung, daß die Ware nur zu Spekulationszwecken im Außenhandel weitervertrieben und dem öffentlichen Verkehr entzogen werden sollte. Am 10. Juli verlangte der Schokoladenagent, dem die Ware weggenommen worden war, Bezahlung vom Bürgermeisteramt. Die Antwort war ablehnend, da eine Besichtigung ergeben habe, daß die 2500 Kilo Schokoladenwaren infolge mangelhafter Packung angelauten und in diesem Zustande unverkäuflich sind. Der Agent behauptet nun in seiner Gegenschrift, die Ware habe sich bei der Beschlagnahme in tadellosem Zustande befunden, anders hätte sie nicht die Einkaufsvereinigung der Kolonialwarenhandler zum Preise von 6,25 M. das Kilo am 4. Mai gekauft. (Die Beschlagnahme wurde dem Agenten erst an diesem Tage nachmittags bekannt.) Auch habe er von Anfang an sowohl die vollstreckende Behörde als auch die Polizeidirektion und das Lebensmittelamt der Stadt auf den besten Charakter der Ware ausdrücklich aufmerksam gemacht. Er müsse daher auf unzulässige Auszahlung der ihm zustehenden Summe bestehen.

Unser Mülhauser Parteiblatt, das die Schriftstücke, die in dieser Sache gemechselt worden sind, veröffentlicht, bemerkt mit Recht hierzu: „Wenn am 8. Mai verderbliche Lebensmittel beschlagnahmt werden, wie kommt es, daß dann erst nach der Zahlungsaufforderung vom 10. Juli die Unverkäuflichkeit der Ware festgestellt wird? — Wie kommt es weiter, daß Lebensmittel, die nach der Auffassung des Herrn Kreisdirektors dem öffentlichen Verkehr nicht vorenthalten werden sollen, in der Zeit, in der die größte Knappheit des ganzen Jahres an Lebensmitteln vorhanden war, ruhig liegen bleiben, bis die Unverkäuflichkeit festgestellt werden muß?“

Es ist unerhört, daß fortgesetzt Massen von Nahrungsmitteln dem Verderben preisgegeben werden. Noch unerhörter ist es aber, wenn eine Behörde durch ihr Verhalten ebenfalls noch dazu beiträgt.

Die Mission der Frau?

Die französischen Frauenrechtlerinnen haben vor kurzem — etwa zur selben Zeit als in Deutschland der Bund Deutscher Frauenvereine tagte — in Paris ihren Jahreskongreß abgehalten und bei dieser Gelegenheit den Beschluß gefaßt, den ersten Kongreß nach dem Kriege in wiedereroberten Strassburg abzuhalten.

Die Frauen allein sind nicht in der Lage, den Frieden herbeizuführen, aber sollten sie sich nicht in allen Ländern hüten, die Leidenschaften angustachen? Sollten sie nicht überall im Frieden fördernden Sinne wirken?

Drei Monate Gefängnis und 3000 M. Geldstrafe für minderwertige Schußwaffen. Wie aus Köln gemeldet wird, ist dort der Inhaber einer bekannten Schnellschußwaffenfabrik, Otto Schultze, vom Kölner Schöffengericht zu drei Monaten Gefängnis und 3000 M. Geldstrafe verurteilt worden, weil er hauptsächlich minderwertige und abfallende zu Schußwaffen verwandelt und sich dafür, weil er es als bestes Kernleder bezugsweise, ganz außerordentlich hohe Preise bezahlen ließ. Strafführend kam in Betracht, daß hauptsächlich ärmere Kreise durch diese Schußwaffen des „auch schon öfter vorkommenden“ Angeklagten betroffen wurden. Beantragt waren ein Jahr Gefängnis, 6000 M. Geldstrafe und Ehrverlust.

Große Hitze in New York. Die „Water Nachrichten“ melden aus New York: Stadt und Distrikt New York leiden unter einer Hitze, die seit einigen Tagen eine Temperatur von 40 Grad im Schatten erzeugt. Etwa 200 Personen sind dem Hitzschlag erlegen. Bei schweren Gewittern wurden außerdem mehrere Personen getötet.

Parteiveranstaltungen.

Werkwalde-Wittmann. Sonntag, den 23. Juli: Familien-Ausflug nach Altente bei Hermsdorf, Restaurant W.-B.-Baldobad. Treffpunkt: mittags 12 Uhr im Restaurant W.-B.-Schulze, Schubarthstr. 56.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Konsumenten Linienstr. 1, IV. Hof rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Wunsch und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Anfragen werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Konsumentensituation beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Briefstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

B. Sch. 12. Kaufauswählstelle, Goldammer Str. 10—11. — **H. G. 20.** Ausschuss für deutsche Kriegsgefangene, Hamburg, Ferdinandstr. 75. — **Näherin 2.** Sind dem Verband der Schneider und Schneiberinnen angegeschlossen, Sebaltsstr. 37—38, Sektion der Näherinnen. — **G. K. 15.** 1. Bei Rotglut. 2. 208 Grad. 3. und 4. Nicht bekannt, weil aus Willkür bestrafend. 5. und 6. Darüber müssen Sie sich bei einem Fachmann (Metallgießer) erkundigen. — **D. P. 100.** Dr. Wagner, Wadelerstr. 5. — **P. C. 13.** Kriegskinderbesuche deutscher Frauen, Vorarlberger Str. 5. — **P. C. 13.** Kriegskinderbesuche deutscher Frauen, Vorarlberger Str. 5. — **G. G. 33.** Darüber dürfen Sie wohl beim Textilarbeiter-Verband, Andreasstr. 17, 8—1 und 5—7 Uhr, am kaiserlichen Wandstift erhalten. — **N. N.** — **G. D. 9.** Sie haben aus beiden Klassen keinen Anspruch auf Ewerdeld. — **P. A. 77.** 1. Sie sind zur Ausführung der Arbeiten verpflichtet, auch wenn Sie nur als arbeitsverwendungsunfähig bezeichnet wurden. 2. Nein. — **B. V. 76.** 1. Nein, für den Unfall ist der Unternehmer nicht haftpflichtig. Es tritt für ihn die Unfallversicherung ein. 2. Sie können weitere Entschädigungsansprüche nicht erheben, zumal nach dem abtönenden Beschluß der Staatsanwaltschaft. 3. Auch Ansprüche auf Schmerzensgeld stehen Ihnen nicht zu. 4. Eine solche Klage ist ausgeschlossen. Sie müßten beim Landgericht eingeleitet werden, können Sie keinen Schadensersatzanspruch geltend machen. — **B. 62.** Die betreffenden Arbeiter können sich mit einem Gesuch an den Oberpräsidenten wenden. — **N. 2.** 4. Die Unterhaltungsansprüche sind uns nicht bekannt. — **G. 23.** Die Hilfstrankenkassen. — **G. R. 300.** Die Kriegsverurteilung wird Ihnen für das Kind in diesem Jahre jedenfalls über das 15. Jahr hinaus gewährt. Sie müssen einen Antrag auf Weiterzahlung bei der zuständigen Steuerbehörde stellen. — **H. R. Waldstr. 31.** — **N. 2.** 100. Wenden Sie sich mit einer Nachfrage an den Metallarbeiterverband, Lindenstr. 33/35. — **C. G. 1.** Wenn Sie im Jahre 1915 einen vollen Jahresverdienst verdienten, so kann nur dieser Verdienst zur Grundlage für die Steueranlage genommen werden. Waren Sie dagegen im vorigen Jahre längere Zeit zum Militär eingezogen oder krank, so wird der jetzige Verdienst zur Grundlage der Steuerberechnung genommen. 2. Nein. — **H. R. 13.** Die Gebühren für den Austritt aus der Landesliste betragen etwa 4,50 M. — **G. G. 93.** Stellen Sie einen Antrag auf Auszahlung der Rente an das Ersatzbataillon desjenigen Truppendienstes, zu dem Ihr Mann einbezogen wurde. — **G. R. 23.** Für den Ehegatten ist die betreffende Witverin verantwortlich zu machen. — **H. R. 88.** Sie haben Anspruch auf Invalidenrente. Nehmen Sie unter Beilegung Ihrer Aufrechnungsbelegungen und Ihrer letzten Qualifikationskarte sowie Ihrer Geburtsurkunde Antrag auf Gewährung der Rente beim Versicherungsamt, Klosterstr. 68, ein.

Deutscher Buchhändlerverband.
(Zahlstelle Berlin.)
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege
Richard Rose
am 17. d. Mis. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 21. Juli, nachmittags
4 Uhr, auf dem neuen Michael-
Kirchhof in Mariendorf, Marien-
dorfer Weg, statt.
24/5 Die Ortsverwaltung.

Radruf am 20. Juli.
Geste vor einem Jahre fiel auf
dem Kriegsschauplatz durch Kop-
fschuß unser unglücklichster Kesse
und Enkel, unser Liebling, was
wir hatten, der Buchdrucker
Willi Gliffe.
In trauernder Erinnerung
seiner Tante S. Martert.
Das alles nur ist nun geblieben
vom Jugendleben, vom Leben
und Lieben.
9745

**Sozialdemokratischer Kreis - Wahlverein
Teltow - Beeskow.**
Sonntag, den 23. Juli 1916, vormittags 9 Uhr,
im **Gewerkschaftshaus**, Engelfufer 15, Saal 4:
General-Versammlung
einerufen durch den geschäftsführenden Ausschuss des
Bezirksverbandes Groß-Berlin.
Tagesordnung:
1. Prüfung der Rechtmäßigkeit der Mandate Neubill
und Sichteide.
2. Geschäftsberichte.
3. Wahlen.
4. Anträge.
5. Zutritt haben nur mit Mandat versehene Delegierte.
Der geschäftsführende Ausschuss Groß-Berlin.

Am 2. Juli fand durch eine
Verletzung im Felde unser lieber
Sohn und Bruder, der Musikant
Paul Seifert
Jnl.-Regt. 138
den Tod.
Liefbetrauert von seinen Eltern
**Karl Seifert,
Auguste Seifert,
und Geschwister
Richard Seifert,
Willi Seifert,
Else Seifert.**
Wir trauern, fragen, ach, es ist
vergebens.
Nichts bringt dich, Vater, Bruder,
mehr zurück;
Du warst die Hoffnung und die
Freude meines Lebens,
Im weiten, fremden Land voll-
zog sich Dein Geschick.
Das Dich nun trennt so früh von
all den Deinen.
Nur, wer Dich kannte, weiß, was
ich verloren
und weih, warum ich weine.
1194

**Sterbekasse
ehem. Pflug'scher Arbeiter
(Geheimes Kasse).**
Sonntag, den 23. Juli 1916,
vormittags 9 1/2 Uhr:
General-Versammlung
im Vereinshaus Berl. Münster,
Kaiser-Wilhelm-Str. 31 (parterre).
Tagesordnung:
1. Halbjahresbericht (1. I.—30. 6. 16).
2. Bericht der Revisorin.
3. Festsetzung der Publikationsorgane
für 1916/1917.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
9575 Der Vorstand.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben, unversehrten Mannes
Willi Dopschall
sage ich hiermit allen, welche ihm die
letzte Ehre erwiesen haben, meinen
aufrichtigsten Dank.
Im tiefsten Schmerz
Anna Dopschall.
1144

**Westmann's
Trauermagazin**
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
I. Mohrenstraße 37a
(Kolonnenstr.)
II. Or. Frankfurter Str. 115
(nahe Andreasstr.)
Auswahländerungen sofort.
Am Zentrum 799.
Sonntag 12—2 Uhr geöffnet.

CARDINAL
ZIGARETTEN
sind Qualitätsmarken
FOVEAUX
RAUCHTABAKE
überall erhältlich